Nr. 307 ♦ 38. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 156

Morgen-Ausgabe

30 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30,— M., monatl. 10,— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10,— M. einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich, Ungarn und Luxemburg 20,— M., für das übrige Ausland 27,— M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 4,50 M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 1,50 M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 1,— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 1,— M., jedes weitere Wort 80 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 3,— M. Die Preise verstehen sich einschließlich Teuerungszuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 13195—97 Expedition Moritzplatz 11753—54

Sonnabend, den 2. Juli 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

Waffendiebstahl ohne Ende.

Eine vollständige schwere Batterie gestohlen.

In der Nacht vom 6. zum 7. Juni sind, wie unser Liegnitzer Parteiblatt mitteilt, auf dem Truppenübungsplatz Küstrin 18 Geschütze, die zur Vernichtung bestimmt waren, gestohlen worden. Es handelt sich um vier schwere Feldhaubitzen (10 Zentimeter) und 14 Feldkanonen mit Protzen, alle vollständig gebrauchsfähig.

Diese Meldung stammt aus zuverlässigster Quelle. Sie stand nämlich unauffällig im amtlichen Mitteilungsblatt der Eisenbahnbehörde. Der Abtransport dieses Geschützparks, zu dem eine große Anzahl Mannschaften und Pferde gebraucht worden sein müssen, ist angeblich von niemand bemerkt worden! Alle Dienststellen versichern ihre Unschuld. Wird Herr Geßler gegen die Stellen einschreiten, die fest schlafen, während 18 Geschütze gestohlen werden?

Es handelt sich nicht um den einzigen Fall dieser Art. In der Nacht zum 30. Juni erschienen etwa 30 Personen mit zwei Lastautos vor dem Ehrenfriedhof in Liegnitz und begannen die dort aufgestellten vier Geschütze aus dem Friedhof fortzuschaffen. Der Friedhofswächter wurde jedoch durch die Geräusche aufmerksam und alarmierte eine Polizeistreife, der es gelang, drei der Täter festzunehmen. Einer derselben ist der

Hauptmann v. Nitisch, Führer der Orgesch in Landkreise Schlesien.

Drei Geschütze wurden den Tätern sofort abgenommen, das vierte war aber schon abgefahren und wurde später in einer Schonung versteckt von Liegnitzer Parteigenossen aufgefunden.

Die bürgerliche Presse schweigt den gesamten Vorfall tot.

Jagow verhöhnt Schiffer.

Traugott v. Jagow meldet sich wieder. Durch die rechtsstehende Presse verbreitet er folgende Erklärung:

„Auf die Mitteilung des Reichsjustizministers in der Reichstagssitzung vom 28. Juni:

„Zum Fall Jagow könne noch kein Verfahren stattfinden, weil Jagow erkrankt sei,"

stellte ich als Tatbestand fest:

„Ich war seit März 1920 nicht einen Tag krank."

Darauf hat in der Reichstagssitzung vom 28. Juni der Reichsjustizminister nach Zeitungsberichten erwidert:

„Der Haftbefehl sei mit Rücksicht auf den Gesundheitszustand nicht vollstreckt worden."

Bisher handelte es sich also um das Verfahren; jetzt um den Haftbefehl. Ueber diesen heißt es in dem maßgebenden Beschlusse des Reichsgerichts vom 26. März 1921 wörtlich:

„Durch Sicherheitsleistung im angegebenen Betrage ist Fluchtgefahr als ausgeschlossen anzusehen, und es war, da Verdunkelungsgefahr nicht besteht, der § 117 StrPO. anzuwenden."

Also: kein Wort über Gesundheit.

Daß in einem absolut einwandfreien Zeugnis meines Hausarztes die Gefahr schwerer gesundheitlicher Schädigung durch Untersuchungshaft eingehend begründet wurde, hatte mithin mit der Nichtvollstreckung des Haftbefehls nicht das mindeste zu tun; es widerspricht übrigens auch keineswegs meiner obigen Gesundheitsfeststellung. Damit entfallen ungezählte unliebsame Betrachtungen im deutschen Blätterwalde. Aber werden nun die Verfasser an die stolze Männerbrust schlagen und sprechen: Ich habe geirrt? Wird es der Reichsjustizminister tun?

Irren ist menschlich; aber was von der Sella curulis, dem Amtssessel her spricht, sollte nicht irren!

Auf die Behauptung, mein Aufenthalt sei nicht bekannt, stelle ich fest, daß ich am 3. Mai d. J. bei der Vernehmung durch den Untersuchungsrichter in Leipzig zu Protokoll gegeben habe: „Ich wohne in Potsdam, Bergerstr. 7."

So wenig ich gewillt war, mich der m. E. durch nichts gerechtfertigten Untersuchungshaft zu stellen, ebensowenig bin ich — allerdings lediglich aus praktischen und politischen Gründen — gewillt, mich etwa dem Verfahren zu entziehen. Flucht kommt für mich nicht in Betracht. Obwohl die Verrücktheit der Zeit mich freundlichst mit lebenslänglichem Zuchthaus bedroht, ist vielmehr mein Ziel: ungesäumter Fortgang des Verfahrens.

An die Adresse des Abg. Dr. Rosenfeld sei schließlich gesagt: die 13monatige Verhängung eines Haftbefehls gegen mich, obwohl objektiv nie Flucht oder Kollusion in Betracht kam, habe ich wie Klassenjustiz empfunden; ich bin aber weit entfernt, solche zu behaupten.

Jagow."

Der Hohn dieser Erklärung trifft in erster Linie den Reichsjustizminister Schiffer, und man muß sagen, daß Herr Schiffer nicht unschuldig an dem ist, was ihm jetzt widerfährt. Wird Herr Schiffer uns jetzt mitteilen, welches die Stelle ist, die Herr v. Jagow für unauffindbar erklärt hat und in welcher Weise er sie für ihr Täuschungsmanöver zur Rechenschaft ziehen wird? Die rechtsstehende Presse hohnlacht obendrein, daß die Adresse des Herrn v. Jagow im Verzeichnis der Fernsprechteilnehmer steht! Auch der „Vorwärts" konnte die Adresse Jagows in kürzester Zeit auf anderem Wege ermitteln; nur daß infolge eines Uebermittlungsfehlers aus der „Bergerstr." eine „Beyerstr." wurde. Jedenfalls zeigt all das, daß die Stelle, die dem Justizminister mitteilte, daß Herr v. Jagow unauffindbar sei, mit einer geradezu frivolen Leichtfertigkeit gehandelt hat.

Wir haben nicht den mindesten Grund, ein Wort von dem, was wir über den Fall Jagow geschrieben haben, zurücknehmen. Im Gegenteil, wir unterstreichen unsere bisherigen Ausführungen und ergänzen sie um die neue Frage: Wie kommt es, wenn Herr v. Jagow seit 13 Monaten ununterbrochen zur Verfügung der Justizbehörde steht, daß bis heute die Sache noch nicht einmal vom Oberreichsanwalt an das Reichsgericht abgegeben worden, geschweige denn das Verfahren eröffnet worden ist. Wer ist für diese Justizverschleppung verantwortlich?

Zu der Beschwerde Jagows über den Haftbefehl aber ein Wort: Als ehemaliger Polizeipräsident von Berlin sollte Herr v. Jagow wissen daß ein Haftbefehl keiner besonderen Begründung bedarf, wenn es sich um die Verfolgung eines mit Zuchthaus bedrohten Verbrechens handelt. Seine Unkenntnis dieser Bestimmung beweist die „hohe sachliche Tüchtigkeit" altpreußischer Beamter.

Pardon wird nicht gegeben!

Vor dem Reichsgericht in Leipzig steht ein deutscher General unter der Anklage, den Befehl gegeben zu haben: „Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht!" Mit Mienen der Angst und des Abscheus weist der angeklagte General die Zumutung, einen solchen Befehl erteilt zu haben, zurück. Und wie er leugnen alle Offizierszeugen, bis auf den einen Major Crusius, die Möglichkeit eines solchen Befehls. Mit ihnen einig ist die ganze nationalistische Presse in der Beteuerung, daß der General Stenger zweifellos nur ein Opfer feindlicher Verleumdungssucht sei.

Wäre er es, brächte die Verhandlung den Beweis, daß weder ein solcher Befehl erteilt, noch in seinem Sinne gehandelt worden ist, so würde uns allen eine Zentnerlast vom Herzen fallen. Denn darin sind wir ja alle einig — nicht wahr? —, einen solchen Befehl im Kriege für schändlich und verbrecherisch zu halten. Wir fühlen alle, es geht hier um die Ehre des deutschen Volkes. Wir müssen uns reinigen entweder von der Anklage, wenn sie falsch, oder von der Schuld, wenn sie erwiesen ist. Wir wollen nichts zu tun haben mit Leuten, die es fertig bringen, die Abschlachtung wehrloser Kriegsgefangenen anzubefehlen, die durch das internationale Kriegsrecht geschützt sind.

Was der General Stenger befohlen oder nicht befohlen hat, ist Gegenstand der Beweisaufnahme in Leipzig. Aber ein Befehl, den einst ein anderer erteilt hat, steht in der Geschichte fest. Nur von ihm soll hier weiter die Rede sein.

Am 27. Juli 1900 schiffte sich in Bremerhaven eine Abteilung deutscher Soldaten nach China ein. Sie sollte teilnehmen an der Niederwerfung des Boxeraufstandes, in dessen Verlauf der deutsche Gesandte in China, Freiherr v. Ketteler, ermordet worden war. An diese Truppe hielt Wilhelm II. eine Ansprache, in der er sagte:

Kommt ihr an den Feind, so wird derselbe geschlagen. Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht! Wer euch in die Hände fällt, sei euch verfallen! Wie vor tausend Jahren die Hunnen unter ihrem König Etzel sich einen Namen gemacht, der sie noch jetzt in Ueberlieferung und Märchen gewaltig erscheinen läßt, so möge der Name Deutscher in China auf tausend Jahre in einer Weise bestätigt werden, daß niemals wieder ein Chinese es wagt, einen Deutschen auch nur scheel anzusehen.

Man sage nicht, an diese Rede erinnern, heiße ausländische Ankläger auf sie aufmerksam machen. Sie kennen sie nur zu gut. Als der Weltkrieg ausbrach, da hießen die Deutschen in einem großen Teil der feindlichen Presse einfach „die Hunnen". In Artikeln, die von der Obersten Heeresleitung inszeniert waren, wurde gegen diese schimpfliche Herabwürdigung der deutschen Armee entrüstet protestiert. Hinweise der sozialdemokratischen Presse auf die Tatsache, daß die deutschen Soldaten diesen Schimpfnamen ihrem eigenen „obersten Kriegsherrn" verdankten, wurden von der Zensur unterdrückt.

Heute wird kein Mensch bestreiten, daß Wilhelm II. und seine Hunnenrede vom 27. Juli 1900 dem deutschen Heer und dem deutschen Volk den schlimmsten Schimpf angetan hat. Von den Unglücksfällen, die dieser zurechnungsunfähige Mensch mit seinem nie rastenden Mundwerk angerichtet hat, war dieser einer der allerschlimmsten. Das empfand, das verstand auch schon damals fast jedermann. Aber so tief war die Knechtschaft des deutschen Volkes, daß die Protestbewegung gegen diese majestätische Ungeheuerlichkeit in lahmen Auslegungsversuchen und vorsichtigen Satiren versandete.

Die Regierungspresse erstarb in Untertänigkeit. Die „Kölnische" log, Wilhelm habe nicht gesagt: „Pardon wird nicht gegeben", sondern: „Pardon wird euch nicht gegeben!" Majestät habe also nur auf die Grausamkeit der Chinesen hingewiesen. Aehnlich die redliche „Post":

Als oberster Kriegsherr sprach er gestern zu seinen Truppen und mahnte sie, dessen stets eingedenk zu sein, daß es ein heimtückischer Feind ist, gegen den es zu kämpfen gilt, ein Feind, der den Pflichten des Völkerrechts und des Gastrechts Hohn spricht und während der bisherigen Wirren weder Pardon gegeben noch Gefangene gemacht hat. Ihm gegenüber usw.

Und die „Kreuz-Zeitung":

Dieser Satz ist verschiedentlich mißverstanden und sogar Unmögliches hineingelegt worden, indem man Seiner Majestät zumutet, daß von ihm die Truppen ermahnt werden sollten, keinen Pardon zu geben.

Im Gegensatz zu diesen verlogenen Verlegenheiten gab es auch Blätter, die Wilhelm II. für seine Rede feierten, wie z. B. das höfische „Kleine Journal":

Mit Worten, deren rückhaltlose Offenheit jedes Soldatenherz packen muß (schrieb Leon Leipziger), hat der Monarch den scheidenden Truppen den Weg gewiesen. . . . Sie kommen nach Zweifeln und Schlichen der letzten Tage wie ein reinigendes Gewitter . . .

Aber die sozialdemokratische Presse? Sie hatte schon soviel Redakteure wegen „Majestätsbeleidigung" den

Helft Oberschlesien!

Folgender Aufruf geht uns zu:

Deutsche Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Die Not unserer oberschlesischen Schwestern und Brüder ist so groß geworden, daß die vom Reich und den Einzelstaaten zur Verfügung gestellten oder zu stellenden Mittel zur Linderung der augenblicklichen Notlage der Oberschlesier nicht ausreichen können. Auf die dringenden Hilferufe der oberschlesischen Gewerkschaften hin hat sich das internationale Rote Kreuz bereit erklärt, alsbald Abhilfe zu schaffen und hat die Durchführung dieses Hilfswerks dem deutschen Roten Kreuz übertragen.

Um die dafür erforderlichen gewaltigen Gelder, Kleidungsstücke und Lebensmittel aufbringen zu können, hat sich das deutsche Rote Kreuz unter seinem friedlichen Symbol mit den vereinigten Verbänden heimattreuer Oberschlesier und dem Bund der deutschen Grenzmarkenschutzverbände im Einvernehmen mit den Reichs- und Staatsbehörden zum

„Oberschlesier Hilfswerk"

zusammengeschlossen.

Da es sich bei den durch die Vorgänge in Oberschlesien Betroffenen besonders auch um Arbeiter, Angestellte und Beamte handelt, richten die unterzeichneten Verbände an alle ihre Mitglieder die dringende Bitte, das Oberschlesier Hilfswerk nach besten Kräften zu fördern und zu unterstützen und insbesondere auch in allen Betrieben Sammlungen für das Oberschlesier Hilfswerk vorzunehmen. Die dazu erforderlichen Flugblätter und Sammellisten stellt das Oberschlesier Hilfswerk, Hauptgeschäftsstelle NW. 7, Unter den Linden 78, auf Anforderung gern zur Verfügung. Die eingehenden Gelder sind auf das Konto Oberschlesier Hilfswerk bei allen Banken und Postanstalten oder auf Postscheckkonto 112 300 einzuzahlen. Mit dem geschäftsführenden Ausschuß des Oberschlesier Hilfswerks haben wir Abmachungen getroffen, die uns die Gewähr dafür bieten, daß die einlaufenden Gelder richtig verteilt und bei ihrer Verwendung unsere oberschlesischen Arbeitskameraden entsprechend ihrer Zahl und ihres Notstandes berücksichtigt werden.

Berlin, 1. Juli 1921.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. gez. Graßmann.
Deutscher Gewerkschaftsbund. gez. Baltrusch, Thiel, Gutschek.
Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände. gez. Hartmann.
Deutscher Beamtenbund. gez. Nemmers.

Die Amnestie.

Oppeln, 1. Juli. (WTB.) Die Interalliierte Kommission gibt bekannt, daß, gehorsam ihren Anordnungen die polnischen Insurgenten und die irregulären deutschen Formationen sich aus ihren Stellungen zurückziehen und am Abend des 5. Juli vollständig aufgelöst sein werden. Von dieser Unterwerfung befriedigt und eine Besänftigung des Grolles sowie eine Milderung der bestehenden Rassengegensätze wünschend, hat die Interalliierte Kommission beschlossen, eine Amnestie für alle ungesetzlichen Handlungen zu gewähren, die mit dem Aufstand in Zusammenhang stehen, jedoch **mit Ausnahme solcher Handlungen, die in gewinnsüchtiger Absicht oder aus persönlicher Rachsucht oder auch aus Grausamkeit begangen**

wurden. Von dieser Amnestie werden jedoch alle Personen ausgeschlossen, die nach einem noch festzusetzenden Zeitpunkt in unbefugtem Besitze einer Schußwaffe oder von Explosionsstoffen befunden werden. In der Erwartung, daß die Bevölkerung durch ihr Verhalten sich dieses Aktes der Milde würdig zeigen wird, sowie fest entschlossen, jeden Versuch der Störung der öffentlichen Sicherheit zu unterdrücken, fordert die Interalliierte Kommission die Bewohner Oberschlesiens auf, in Ruhe und in vollem Vertrauen auf die Gerechtigkeit und Unparteilichkeit der alliierten Mächte die Entscheidung abzuwarten, die gemäß dem Friedensvertrage von Versailles getroffen werden soll.

Gefängnissen überliefern müssen, so sehr durch hohe Prozeßkosten ihre Existenz in Frage gestellt, daß wir auch inihr — diese Wahrheit sind wir der Geschichte schuldig — nicht das erlösende Wort finden, das wir in rückschauender Betrachtung von ihr erwartet hätten. Was Eisner im „Vorwärts", Schoenlank in der „Leipziger Volkszeitung" schrieb, war wohl scharf und schneidend — aber doch so gesagt, daß der Staatsanwalt nicht herankonnte. Stimmen von Völkerrechtslehrern über das Verbot, Gefangene zu töten, Urteile der Geschichte über die Hunnen wurden zitiert, es wurde gegen die plumpen Schlagwortkeulen des kaiserlichen Redners mit Damaszenerklingen journalistischen Geistes gefochten, aber das erlösende Wort sucht man in jenen Feinheiten vergebens.

Mit derber Satire ging Ludwig Thoma im „Simplizissimus" dem Caesar zuleibe, er schrieb ein „Chinesisches Nachtlied", das folgendermaßen anhob:

Ich will euch selbem Schweinevolk,
Euch schuftigen Chinesen,
Geht mir nicht gleich die Puste aus,
Den Text mal gründlich lesen:
Schnedderendeng, ihr seid mir z'weng!
Vierhundert Millionen — keinen will ich schonen,
Alle bring ich um.
Tschin bum!

Das war so ziemlich das Höchste an Kühnheit, was man sich leisten konnte — in München! Das erlösende Wort aber blieb aus. Niemand schrie es damals ins Volk: „Fort mit diesem Menschen! Er ist eine Schande für die Nation!"

Solcher Heroismus wäre ja auch vergeblich gewesen. Wer ihn aufgebracht hätte, wäre im Kerker verfault und hätte doch nichts ausgerichtet. Nichts geschah, als daß der Kaiser für einige Zeit von Bülow unter Zensur gestellt wurde. Es wurde verboten, über seine Ansprachen an ausziehende Truppen zu berichten.

Den Mann selbst erreichte kein Hauch der Kritik. Erst acht Jahre später, im November 1908, riß dem so schändlich mißregierten Volk — ein klein wenig — die Geduld, als die Veröffentlichung des „Daily Telegraph"-Interviews erfolgte. Erst damals trat an den Kaiser durch den Fürsten Bülow die Aufforderung heran, in seinen Aeußerungen vorsichtiger zu sein. Und dann ging es mit gepeitschten Rossen auf schwankenden Rädern noch volle zehn Jahre weiter, bis im November 1918 — dreißig Jahre zu spät! — endlich kam, was kommen mußte.

Jetzt schreibt Hamann in seinem „Mißverstandenen Bismarck":

Schon gegen Ende des vorigen Jahrhunderts folgten nicht nur amtliche und nichtamtliche Politiker, sondern auch der größte Teil der Bundesfürsten mit Sorgen der Entwicklung einer schleichenden Kaiserkrisis. Ein Gegenstoß konnte aber nicht ausgehen von den Dynastien, die lange vor dem 9. November 1918 gewußt haben, daß ihre eigene Stellung von der Unversehrtheit der kaiserlichen Machtfülle abhing.... Auch wären etwaige Anregungen aus diesen Kreisen nur zu verfolgen gewesen im Einvernehmen mit dem Hause Hohenzollern, für dessen Mitglieder, solange nicht ganz außerordentliche Dinge, namentlich offenkundige Krankheitserscheinungen eintraten, das unberührbare Familienhaupt blieb.

Die Bundesfürsten aus Angst um ihr Thrönchen, die Junker aus Angst um ihre Privilegien, das Bürgertum aus Angst vor der eigenen Courage — sie haben alle geschwiegen. Die Arbeiterklasse, geknebelt wie sie war, stand in ihrem Kampf gegen das persönliche Regiment, mit ihrem Bekenntnis zur Republik allein, sie blieb ohne Macht, ihr Ziel zu erreichen.

Die Kriegskatastrophe hat uns in furchtbare Verhältnisse gestürzt, aber auch von grauenhaften Zuständen befreit. Was an Ungeschmack, politischer Torheit und sittlicher Verrohung von „oben" her in die aufnahmebereiten „höheren" Schichten des deutschen Volkes strömte, davon gibt das Kulturbild aus dem Jahre 1900 nur einen kleinen Ausschnitt. Es mußte schließlich alles so kommen, denn das allzugeduldige deutsche Volk hatte zu lange und zu viel „Pardon gegeben" — an der falschen Stelle!

Der Verleumdersumpf.

Stade, 1. Juli. (Eig. Drahtber. d. „Vorwärts".) Die Strafkammer Stade verurteilte heute den Redakteur Baum jr. von der „Tostedter Zeitung" wegen Beleidigung des Reichspräsidenten zu fünf Monaten Gefängnis.

Das Blatt hat in einer Reihe von Artikeln den Reichspräsidenten und seine Angehörigen in gehässigster Weise beschimpft; u. a. hat das Blatt behauptet, der Reichspräsident habe sich zur Zeit der größten Lebensmittelnot besondere amtliche Zuwendungen von rationierten Lebensmitteln verschafft und, während das Volk darbte, üppig gelebt. Die von dem Angeklagten versuchte Beweisführung ist völlig mißlungen. Die Beweisaufnahme ergab vielmehr die völlige Unrichtigkeit seiner Behauptungen.

Unter anderem wurde festgestellt, daß zwar während des Krieges die Gepflogenheit bestand, Reichskanzler, einzelne Staatssekretäre und das diplomatische Korps mit rationierten Lebensmitteln für Essen aus dienstlichen Anlässen amtlich besonders zu beliefern, daß aber der Reichspräsident wenige Zeit nach Antritt seines Amtes auf diese Bevorzugung ausdrücklich verzichtet hat. (So sieht die „republikanische Korruption" und die „gute alte Zeit" aus! Red. d. V.)

Wie schon in früheren ähnlichen Prozessen, wurden auch in dieser Beweisaufnahme die Erzählungen von einer „unmäßigen Lebensweise" des Reichspräsidenten als böswillige Erfindungen nachgewiesen. Das Gericht sagte in der Urteilsbegründung, daß gegen solche nichtswürdige, niedrige und pöbelhafte Beleidigungen des Reichsoberhauptes, die geeignet seien, das deutsche Ansehen im Ausland herabzusetzen und die Gegensätze im Innern zu vertiefen, energische Gefängnisstrafen notwendig seien. Der Mitangeklagte Reiter wurde zu 500 M. Geldstrafe verurteilt.

Die Getreidepreiserhöhung angenommen.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages beriet gestern den Entwurf einer Verordnung über die Preise für das Umlagegetreide aus der Ernte 1921. § 1 der Verordnung setzt die Höhe der Preise wie folgt fest: für die Tonne Roggen 2100 M., für die Tonne Weizen, Spelz (Dinkel, Fesen), Emer, Einkorn 2300 M., für die Tonne Gerste 2000 M. und für die Tonne Hafer 1800 M. Die Erhöhung der Preise wird durch die gestiegenen Erzeugungskosten begründet.

Von sozialistischer Seite wurde gegen die Verordnung heftig polemisiert. Abg. Herz (U. Soz.) vertrat die Ansicht, daß die Landwirtschaft für das Umlagegetreide nur eine Vergütung ihrer Produktionskosten beanspruchen könne und befürwortete die Beibehaltung der alten Preise. Auch die christlichen Gewerkschaften hätten die neuen Preise als zu hoch bezeichnet.

Abg. Schmidt-Löpenick (Soz.) begründete in einer Entschließung die ablehnende Stellungnahme unserer Genossen.

In der Abstimmung wurde die Verordnung nebst einer Zentrumsentschließung, die von der Regierung Maßnahmen fordert, damit der künftige Brotpreis bis zur nächsten Ernte den bisherigen Höchstpreis nicht mehr als höchstens um 40 Proz. übersteigt, angenommen.

Damit sind die Forderungen der Agrarier erreicht. Der Antrag des Zentrums, der auf Maßnahmen zur Verbilligung des Brotes — nicht des Getreides — abzielt, dürfte keine praktische Bedeutung haben, da nach allem, was über das allgemeine Finanzprogramm bekannt geworden ist, die Lebensmittelzuschüsse des Reiches abgebaut werden sollen. Diese Aussicht droht ohnehin, zumal auch die schärfsten Steuern kaum dazu ausreichen dürften, die Ultimatumslasten zu decken. Es fällt auf die bürgerliche Reichstagsmehrheit zurück, wenn die Preiserhöhungen mit der Verteuerung des Brotes in Kraft treten, ohne daß man bisher nur den Versuch gemacht hätte, die breiten Massen vor den Folgen der Teuerung zu schützen.

Landeshauptmann Oeser, der frühere Eisenbahnminister, wurde durch den Oberpräsidenten Hörsing im sächsischen Provinzialausschuß eingeführt. Hörsing wurde zum ordentlichen Mitglied des Reichsrates mit zwölf gegen die zwei Stimmen der Kommunisten gewählt, zum Stellvertreter Oberbürgermeister Dr. Rieve-Halle.

Die Pariser Verhandlungen.

Paris, 1. Juli. (WTB.) Die Verhandlungen über die deutschen Sachlieferungen sind heute fortgesetzt worden. „Temps" teilt mit, daß man in der Preisfrage sich der im Artikel 8 des Londoner Zahlungsstatutes schon angedeuteten Grundlage nähere. Die Preise würden durch eine gemischte Kommission festgesetzt werden: einem Franzosen, einem Deutschen und einem Schiedsrichter, der im Bedarfsfalle von der Reparationskommission ernannt werden soll. In bezug auf die Zahlungsfristen und die Zahlungsart sei ein Plan ins Auge gefaßt worden, durch den Frankreich die Möglichkeit erlange, die Zahlungen auf eine lange Periode zu staffeln.

Rosens Angaben unvollständig.

Paris, 1. Juli. (EE.) Der „Temps" bezeichnet die Reichstagsrede Dr. Rosens als nicht geeignet, die Aufhebung der Sanktionsmaßregeln zu beschleunigen. Die französische Regierung werde sich nicht dazu hergeben, daß Deutschland England gegen Frankreich ausspielen dürfe. Die Erfahrungen der Vergangenheit sollten Dr. Rosen zeigen, daß dieses Spiel nicht weit führen werde. Die französische Regierung werde hoffentlich nicht zulassen, daß der Oberste Rat mit der Frage der Aufhebung der Sanktionen befaßt werde. (?!) Dr. Rosen habe nicht mitgeteilt, daß am vergangenen Dienstag Briand dem deutschen Botschafter gesagt habe, er habe darauf verwiesen, daß die Sanktionen im März beschlossen worden seien, um zu den folgenden Ergebnissen zu führen: 1. Regelung der Reparationsfrage. Was diese betrifft, so entspreche das Kabinett Wirth den an ihn gestellten Anforderungen. 2. Entwaffnung. Diese sei noch nicht vollständig durchgeführt. Es hänge von Deutschland ab, daß sie beschleunigt und auf die rascheste Weise beendet werde. 3. Bestrafung der Kriegsschuldigen. Diese sei augenblicklich im Gange, und Frankreich warte auf die Ergebnisse. Endlich habe Briand dem deutschen Botschafter dargelegt, daß die heftigen Angriffe, denen das Kabinett Wirth ausgesetzt sei, sowie die Unbeständigkeit, in der sich dieses Ministerium befinde, die Aufhebung der Sanktionen für den Augenblick verhindern. Der „Temps" bedauert es im Interesse Deutschlands, daß Dr. Rosen über diese Mitteilungen des Ministerpräsidenten nur unvollständige Aufschlüsse gegeben habe.

Kauft german ships!

London, 1. Juli. Lord Inchcape teilt mit, daß die vormals feindlichen Schiffe, deren Namen bereits öffentlich bekanntgegeben worden seien, und die noch nicht verkauft wurden, jetzt für britische Untertanen und Untertanen aller anderen Nationen verkäuflich sind. „Times" meldet, daß der Riesendampfer „Tirpitz" von einer führenden britischen Gesellschaft angekauft wurde.

Dieser „Tirpitz" ist erst lange nach Friedensschluß in Swinemünde fertiggestellt worden. Inzwischen läßt Stinnes schon den nächsten erbauen.

Aus dem Pogromlande.

Wie wir in Parteiblättern des jetzt polnischen Gebietes lesen, ist dem Jüdischen Volksrat in Warschau aus Miechow in Kongreßpolen berichtet worden: Am 5. Juni traf der Kommandierende des Militärbezirks in Kielce General Latinik in Miechow ein und hielt, als die Bevölkerung die Kirche verließ, eine Ansprache über die „Verteidigung Oberschlesiens", wobei er u. a. sagte, daß die Ursache der Nichtzuerkennung Oberschlesiens an Polen die gemeinsame deutsch-englische-jüdische Arbeit sei.

Bei einem Empfang von Vertretern der jüdischen Presse erklärte der polnische Außenminister Skirmunt, er wäre Anhänger der Idee einer polnisch-jüdischen Verständigung, und äußerte den Wunsch, daß die polnischen Juden dem Auslande gegenüber mit der polnischen öffentlichen Meinung konform gehen möchten. — Das heißt, sie sollen ihr Pogrom-Vaterland lobpreisen.

De Nicola hat die Bildung des neuen Kabinetts übernommen.

Vertrauensvotum für Briand. In der Kammer forderte die Opposition Hinausschiebung der Beratung des Gesetzes, das die Regierung zur Erhebung der direkten Steuern ermächtigt, bis an den Schluß dieser Tagung, da sie einen zu frühen Schluß verhindern will. Briand stellte die Vertrauensfrage und das Kabinett erhielt 432 gegen 100 Stimmen.

Geschäfts-Kauderwelsch.

Daß es mit unserer schönen deutschen Muttersprache stark bergab gegangen ist in den letzten vierzig, fünfzig Jahren, wird mir jeder zugeben, der so etwas wie Sprachgefühl und Sprachgewissen besitzt. Fragt sich nur: wer ist dafür verantwortlich? „Die Presse" sagen viele. Die Antwort ist nicht unrichtig, sie ist nur unvollständig. Die Presse ist in den allgemeinen Kulturverderb hineingerissen worden. Kein Mensch, der fast täglich eine Musik- oder Theaterkritik von sich zu geben hat, kann sich damit viele Jahre lang stilistisch auf der Höhe halten, und es ist recht interessant zu beobachten, wie schnell sich unsere sogenannten „flotten Stilisten" abnutzen.

Wenn das bei der Presse geschieht, die doch von Hause aus eine auch im ästhetischen Sinn erzieherische Aufgabe hat, was soll man dann von Geschäftsleuten erwarten, die mit literarischen Dingen nichts zu tun haben? Auf welch geradezu hottentottische Art diese unter sich brieflich verkehren, ist bekannt: deutsche Sätze werden nur noch als „Gehacktes" serviert. „Im Besitz Ihres Geehrten teile Ihnen mit und werden wir" ... Der Briefschreiber hat vergessen, daß er eine Persönlichkeit ist, deswegen läßt er das „Ich" weg. Die Unausrottbarkeit der Inversion muß dabei schon wie ein über uns verhängtes Schicksal hingenommen werden.

Besonders schlimm steht es mit der Geschäftsreklame. An Berliner Ladenschildern und Schaufenstern liest man zuweilen Fachausdrücke, die für den uneingeweihten Mitteleuropäer schleierhaft sind. „Kontophot" steht irgendwo im bayrischen Viertel ohne jede weitere Erklärung. Wer kann sich unter diesem italienisch-griechischen Bastardwort irgend etwas vorstellen? Ich kenne beide Sprachen, aber das hilft mir nicht weiter. Ferner: wie ist es möglich, daß ein Wein tont? Und doch verkauft man in Charlottenburg „reintonige Rhein- und Moselweine!" Eine Bezeichnung ist doch dafür da, daß sie eine bestimmte Vorstellung vermittelt. Das tut aber ein Wort wie „Heimlicht" keineswegs. Will sagen: ein Apparat, der Kinofilme im Privathaus vorführen kann. Das wird aber kein Mensch hinter dem unsinnigen Wort vermuten.

Wir kommen zu den übertreibenden Anpreisungen und finden am Leipziger Platz einen „Schuhpalast" — ein Palast, in dem lauter Schuhe herumstehen, ist schon ein recht merkwürdiger Palast! Ein Spezialgeschäft für Blusen nennt sich gar „Blusenpracht". „Rassige" Automobile! Rassig kann nur etwas Lebendiges sein, aber doch niemals eine, wenn auch noch so vollkommene Maschine. Eine recht unangebrachte Vermischung von etwas Organischem mit toter Materie ist auch die „Kuh in der Düte". Wenn man schon ein Bild wählt, dann greife man zu einem, das nicht jeder vernünftigen Vorstellung ins Gesicht schlägt — die „Kuh in der Düte" ist ein Milchpulver. In der Kunst darf man ja etwas überschwänglich werden, aber die „Meisterklasse für Schönseelengesang", die neulich in der Singakademie auftrat, war doch eine gar zu gefühlvolle Einrichtung, ganz abgesehen von der häßlichen Wortbildung. Als Wortbildung ist übrigens auch das gewaltsam verdeutschte „Kriminal-Detektei", in der Bülowstraße zu finden, verwerflich. Die Endung „ei" ist viel zu mittelalterlich-teutsch, als daß sie einem Fremdwort angegliedert werden könnte.

Es gibt auch unfreiwilligen Humor im Reklamewesen. Ein Kaufmann verbindet seinen Namen mit seinem Geschäftszweig zu einem Wort und verwandelt sich so in den „Tiefbau-Hoene" oder in den „Austern-Meyer", ohne zu merken, wie fatal das klingt, wie geschmacklos vertraulich. „Wurst-Maxe" und „Klamotten-Ede" sind wesentlich stilvoller. Heißt man aber Greifer und nennt sich als Konfektionär „Blusen-Greifer", so kann das sogar zu wenig schmeichelhaften Mißverständnissen Anlaß geben.

Herbert L.

Student und Fabrikarbeiter. Unter Entfaltung des üblichen akademischen Gepränges fand gestern in der Technischen Hochschule in Charlottenburg die Rektoratsübergabe statt. In seinem Geschäftsbericht wies der scheidende Rektor, Professor Pschorr, unter anderem auf die Notlage hin, in der sich Studentenschaft und Hochschule befänden. Es fehlen die Mittel zum Unterricht und zur Forschung. Dem besonders drückenden Raummangel könnte durch Ueberweisung der Räume der früheren Militär-technischen Akademie abgeholfen werden, die aber leider als Bureaus für das Reichswehrgruppenkommando bestimmt seien. Die Studentenschaft müsse sich die Mittel zum Studium namentlich durch Ferienarbeit in den Betrieben verschaffen. Es schade keinem Akademiker, im Zwange der Fabrikarbeit seinen Charakter zu stärken. Student und Arbeiter könnten von einander lernen und keiner dürfe den andern als seinen Feind betrachten. Der neue Rektor Prof. Rothe hielt dann seine Antrittsrede über den „Zusammenhang zwischen Technik und Geisteskultur" und mit dem Gesang „Deutschland, Deutschland über alles" schloß die Feier.

Daß die Fabrikarbeit den Akademikern nichts schaden kann, unterliegt keinem Zweifel. Wenn aber die Studenten von den Arbeitern als Kollegen geduldet werden wollen, so dürfen sie nicht als Lohndrücker auftreten und sie müssen sich aller nationalistischen Stänkereien enthalten.

Teutsch-völkische Mathematik. In Warschau erscheint unter dem Titel „Fundamenta mathematica" eine wissenschaftliche, den Problemen der Mathematik gewidmete Zeitschrift. Wie üblich, versenden die Herausgeber sie an andere Zeitschriften und gelehrte Institute im Ausland. Unter anderem wurde sie auch dem Mathematischen Institut in Jena zugeschickt. Darauf erfolgte, wie der „Kurjer Warszawski" mitteilt, folgende Antwort:

„Jena, den 31. Mai 1921. An die Redaktion der „Fundamenta mathematica" in Warschau. Zusendung von polnischer Seite verbeten! Prof. P. Heußner, Direktor des Mathematischen Instituts in Jena."

Schneidig! Polnische Mathematik wird in Jena abgelehnt. Es ist nur ein Glück, daß der selige Kopernikus nicht mehr lebt. Der teutsch-völkische Professor Heußner hätte ihm sein Werk über die Himmelskörper sicher mit der Bemerkung „Zusendung von polnischer Seite verbeten" ungelesen zurückgeschickt, und die Jenenser Studenten würden noch heute glauben, daß die Sonne sich um die Erde dreht.

Die Sowjetregierung und das Moskauer Künstlertheater. Das Präsidium des Allrussischen Zentralexekutivkomitees hat genehmigt, daß ein Mitglied des Moskauer Künstlertheaters nach dem Auslande entsandt werde, um die gegenwärtig im Auslande weilenden Mitglieder des Künstlertheaters zur Rückkehr nach Moskau zu bewegen. Gleichzeitig ist dem Volkskommissariat für Gesundheitswesen der Auftrag erteilt worden, sämtliche Mitglieder der „Kammerspiele" des Moskauer Künstlertheaters zur Erholung in einem kaukasischen Kurorte unterzubringen. Die Gage für die drei Sommermonate im Gesamtbetrage von 60 Millionen Rubel soll den Künstlern pränumerando ausgezahlt werden.

Zweischneidige Ehrung. Da der Enthüllung des Johann-Strauß-Denkmals im Wiener Stadtpark nur ein kleiner Bruchteil der Bevölkerung Wiens beiwohnen konnte, so fordert jetzt ein Komitee auf, am Sonntag 8 Uhr abends von jeder Kapelle, jedem Klavier, jeder Geige, Laute usw. die „Schöne blaue Donau" erklingen zu lassen. Da zur Beteiligung an dieser Monstre-Ehrung lediglich Begeisterung, aber keine musikalische Befähigung verlangt wird, so dürfte der selige Johann Strauß nicht umhin können, sich am Sonntagabend einige Male im Grabe herumzudrehen. Versöhnlich wirkt allerdings die weitere Aufforderung, den Gesamterlös der Musikaufführungen zu einer Spende für arme Kriegerwitwen und -waisen zu verwenden. Hoffentlich drückt sich keiner vor dieser Steuer. Es steht ja jedem frei, nachdem er sie entrichtet hat, wieder zur musikalischen Tagesordnung überzugehen, welche lautet: „Hallo, du süße Klingelfee!"

In der Alhambra wird gestimmt. In der Alhambra bei Granada, dem Meisterwerk maurischer Architektur auf europäischem Boden, hat sich ein Uebelstand eingenistet, über den die Seemannsche „Kunstchronik" berichtet. Die Filmgesellschaften haben sich auch dieses eigenartigen Szenariums bemächtigt und kurbeln nicht nur außerhalb, sondern auch während der Besuchszeit. Natürlich ist die Empörung aller Besucher, die den wundervollen Löwenhof betreten, allgemein, wenn sie statt zauberhafter Stille Lichtschirme, Kurbelkästen und eine kostümierte Filmgesellschaft mit aufgeregtem Regisseur antreffen. Vor dieser „Europäisierung" hätte man Spanien und vor allem die Alhambra bewahrt gewünscht, — aber: die Barbarei rentiert sich jedenfalls recht gut.

Bergson und Einstein. Henri Bergson, der französische Philosoph, der, wie wir meldeten, als Professor nach 40jähriger Tätigkeit in den Ruhestand tritt, bereitet einen Band Essays vor mit einer Vorrede, in der er das Wesen seiner Lehre und ihre Beziehungen zu der Theorie Einsteins behandelt.

Münchener Festspiele 1921. In den Spielplan wurden folgende Werke neu aufgenommen: „Iphigenie von Aulis" von Gluck, „Der arme Heinrich" von Pfitzner, „Die Josephslegende" von Richard Strauß, „Das Spielwerk der Prinzessin" von Schrecker und die „Die Vögel" von Walter Braunfels. Musikalische Leitung für sämtliche Neuaufnahmen: Bruno Walter.

Groß-Berlin

Die Glindower Alpen.

Der Bewohner des Tieflands betrachtet die Erhebungen seiner Gegend bereits als Berge, und wechseln solche Berge mit Einschnitten — Tälern — in kurzer Aufeinanderfolge ab, so belegt er eine solche Landschaft wohl mit dem hochklingenden Namen „Schweiz" oder „Alpen". Ein derartiges Gebiet liegt bei Glindow unweit Werder. Mit den Vorortzügen der Potsdamer Bahn fahren wir über Potsdam nach Werder, in die Obstkammer der Mark.

Während auf der Ostseite der Werderschen Weinberge die Havel fließt, erstreckt sich auf der Westseite die Seenkette des Großen Plessower und Glindow-Sees. Beide Seen sind durch eine schmale sumpfige Niederung miteinander verbunden, die wir auf unserer Wanderung überschreiten. Der Glindow-See wird von einem Kranz von Ziegeleien umgeben, die den Ton der Glindower Berge verarbeiten. Dieser Ton verdankt seinen Ursprung der Eiszeit, die unserer heimatlichen Landschaft das Gepräge gegeben hat.

Wenn wir eine der zahlreichen Gruben besuchen, können wir einen guten Einblick in das Erdgezimmer unserer Heimat tun. Auch von dem Höhenrand hinter den Gruben haben wir einen schönen Ueberblick. In der Tiefe sehen wir den Ton, der meist feingeschichtet oder gebändert ist und aus tonigeren oder feinsandigeren Bändern in regelmäßiger Wechsellagerung besteht. Ueber dem Ton liegen Sande, die stellenweise von braunen Holzresten und auch Bernstein erfüllt sind. Mitunter finden sich hierin auch beträchtliche Mengen von Gehäusen einer Schnecke, der Paladina diluviana, die jetzt nur nur noch im Gebiet der Donaumündung vorkommt. Die Decke dieser Ablagerungen bildet Geschiebesand und Geschiebelehm.

Der Ton gehört der vorletzten Vereisung an; er ist von den Schmelzwassern, die Gerölle, Kies und Sand bereits vorher abgelagert hatten, hier abgesetzt worden, gleichsam wie in einem großen Klärbecken. Die über dem Ton lagernden Sande entstammen der letzten Zwischeneiszeit. Man fand in ihnen vereinzelt Knochen vom Mammut, Rhinozeros und Hirsch, die beweisen, daß das Klima wärmer geworden war. Die Decke ist von der letzten Vereisung abgelagert worden. Die Tonablagerungen liegen nicht wagerecht, wie es sein müßte, wenn sie ungestört geblieben wären; wir sehen sie vielmehr aufgepreßt und gefaltet. Die Ursache dieser Störungen ist das Eis der letzten Eiszeit gewesen, das den weichen plastischen Ton auf seinem Fortschreiten gen Süd zusammenschob und dadurch Faltungen verursachte. Um zu dem für die Ziegeleien wertvollen Ton zu gelangen, mußten die über dem Ton lagernden Schichten abgeräumt werden. Dieser Abraum bildet gewaltige Halden am Rand der Gruben, die der Berliner die „Glindower Alpen" nennt.

Wir wandern durch die Obstanlagen, die jetzt allerdings wenig Reize bieten, wieder zur Inselstadt Werder und zum Bahnhof zurück.

Ein mißglückter Diebestrick.

Der Messerstecher, Maler Richard Bennewitz, dessen Messerattentate auf weibliche Personen vor etwa einem Jahrzehnt in Berlin großes Aufsehen erregt haben, stand gestern wegen des Einbruchsdiebstahls vor der Strafkammer, den er im Verein mit dem Schlosser Richard Schulz bei dem Kunsthändler Julius Weltmann am Lützowplatz verübt hat. Am 2. März drangen die beiden Komplizen gewaltsam in die Geschäftsräume des Kunsthändlers Weltmann und stahlen dort Gemälde, Kunstgegenstände und Teppiche im Werte von weit über 130 000 M. Die Gemälde wurden aus dem Rahmen genommen und zusammen mit einigen Kunstgegenständen in einen Rucksack gepackt und die ganze Beute in die Wohnung von Schulz geschafft, von wo die Kunstgegenstände stückweise verkauft wurden. Außerdem wurde der Kaufmann Leopold Rosenblum, der nun wegen Hehlerei angeklagt war, damit betraut, die erbeuteten drei Teppiche und die Bilder gegen Provision an den Mann zu bringen. Er hatte aber Unglück bei dieser Mission, denn als er ein Bild einem Kunsthändler in der Tauentzienstraße zum Kaufe anbot, ließ ihn dieser festnehmen, da er erkannte, daß das Bild zu den bei Weltmann gestohlenen gehörte. Um sich vor ähnlichem Mißgeschick zu schützen, verfielen sie auf den unerhört frechen Gedanken, die Bilder an den Bestohlenen selbst zu verkaufen. Sie setzten sich zu diesem Zweck wiederholt telephonisch mit diesem in Verbindung und suchten ihn dafür zu interessieren, die ihm gestohlenen Bilder, die durch Zufall in ihre Hände gekommen seien, zurückzukaufen. Schließlich sprachen sie ihn eines Tages mit unerhörter Dreistigkeit auf der Straße an, baten ihn in einen Hausflur und offerierten ihm die Bilder, die sie mitführten, zu einem Preise von 5000 M. Herr Weltmann ging auch zunächst auf dieses Geschäft ein, zahlte diese Summe, die er gerade bei sich trug, veranlaßte dann aber die Verhaftung der sonderbaren Bilderhändler.

Das Gericht verurteilte Bennewitz zu 2 Jahren Zuchthaus, den bisher unbestraften Schulz zu 1 Jahr Gefängnis und Rosenblum wegen Hehlerei zu 6 Monaten Gefängnis.

Bäckermeister und Fabrikbesitzer

Zwei Kunden der Firma Grußer vor Gericht.

Gegen zwei Kunden des vielgenannten Bankhauses Grußer, Philipson u. Compagnie hatte gestern das Schöffengericht Berlin-Mitte unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats John zu verhandeln. Angeklagt wegen Vergehens gegen die Kapitalfluchtverordnung vom 22. November 1918 waren der Färbereibesitzer Oswald Naefe aus Britz und der Bäckermeister Heinrich Naefe aus der Strelitzer Straße. Die Angeklagten sind, obwohl sie den gleichen Namen führen und beide in Reichenbach gebürtig sind, nicht miteinander verwandt. Das vorliegende Verfahren richtet sich auch gegen den flüchtigen Bankier Grußer. Bei diesem fand im November v. J. eine Haussuchung statt, bei welcher die Geschäftsbücher beschlagnahmt wurden. Aus diesen Büchern ergab sich, daß neben dem Prinzen Eitel Friedrich und anderen adligen Herren auch eine ganze Reihe von Kaufleuten, Handwerksmeistern und Politikern mit dem Bankhause Grußer in Verbindung stehen.

Wie die Verhandlung ergab, hatte der Angeklagte Heinrich Naefe der Firma Grußer 50 000 M. übergeben, um Kommanditanteile der Firma Schlesinger, Trier u. Co. zu erwerben. In seiner polizeilichen Vernehmung hatte der Angeklagte erklärt, daß er mit Rücksicht auf die heutigen Zustände in Deutschland nichts dagegen gehabt hätte, wenn das Geld nach Holland gelangt wäre. — Von Rechtsanwalt Brugsch wurde die Rechtsgültigkeit der Verordnung bestritten, welche seinerzeit lediglich vom Rat der Volksbeauftragten erlassen sei, ohne die spätere Genehmigung der ordnungsmäßigen gesetzgebenden Körperschaften gefunden zu haben. Das Gericht hielt jedoch die Verordnung für zu Recht bestehend, da, wie der Vorsitzende verkündete, in der Verfassung keine Bestimmung enthalten sei, nach welcher die von den Volksbeauftragten erlassenen Bestimmungen erst noch einer besonderen Bestätigung bedürfen. Das Urteil lautete auf 2000 Geldstrafe, außerdem wurden die 50 000 M. dem Reiche für verfallen erklärt.

In der zweiten Sache gegen den Färbereibesitzer Oswald Naefe handelte es sich um Beträge von 220 000 und 158 000 M., an denen ein Fabrikbesitzer Bergmann und ein reicher Holländer namens Roloff beteiligt gewesen sein sollen, welche Chemikalienkäufe getätigt haben sollen. Von diesen Beträgen gehörte die Summe von 58 000 Mark dem Angeklagten. Das Gericht erklärte auch diesen Betrag als dem Reiche verfallen und verurteilte den Angeklagten außerdem zu 3000 M. Geldstrafe.

Parkanlagen als Exerzierplatz.

In der letzten Bezirksverordnetensitzung des 14. Verwaltungsbezirks wurde Gen. Sommerburg neu eingeführt, desgleichen Bezirksbaurat Müller (Steglitz). Der Einweisung des Türkenfriedhofes in den 14. Verwaltungsbezirk wurde zugestimmt. Eine lange und teilweise erregte Debatte entspinnt sich über den Antrag der Kommunisten, „das Bezirksamt zu ersuchen, Schritte zu unternehmen, daß militärische Uebungen auf den Parkanlagen des Tempelhofer Feldes unterbleiben". Hierzu ist noch ein Zusatzantrag der USP. eingegangen: „Ein Teil des Tempelhofer Feldes solle zur Anlage eines Volksparks freigegeben werden, ebenso der unbenutzte Teil am Karlsgarten. Alle Vertreter der Linken wenden sich gegen die Uebungen der Schutzpolizei in den Parkanlagen. Es ist vorgekommen, daß Offiziere die Räumung der Anlagen befehlen, den Promenadenweg als Reitweg benutzt haben, die Promenade selbst von den Truppen mit Maschinengewehren besetzt und die Anlagen, trotz der Schutztafeln, die das Betreten verbieten, durchquert wurden. Dabei wird mit Platzpatronen geschossen. Die Arbeiterstadt Neukölln, die wenige Parkanlagen besitzt, hat ein Recht darauf, daß sich ihre Einwohner ohne Gefahr in den Anlagen aufhalten können. Aber auch die Schießerei in den Schießständen hat Formen angenommen, die den Protest herausfordern. Früher war es doch wenigstens Sonntags ruhig, was heute nicht mehr zutrifft. Stadtrat Gen. Dr. Silberstein als Dezernent der Neuköllner Krankenhäuser verweist speziell auf die Erregung, die in den Krankenanstalten Hasenheide und Hebammenlehranstalt herrscht. Von 5 Uhr morgens bis in den späten Nachmittag wird geschossen und besonders die Schwerkranken leiden sehr darunter. Alle Beschwerden bei den maßgebenden Stellen haben nichts genützt. Da ist es notwendig, daß die Oeffentlichkeit, insbesondere die Presse, dazu Stellung nimmt. Stadtrat Schröder bedauert, daß nach dem Vertrage mit dem Fiskus keine Möglichkeit besteht, durchgreifend vorzugehen. Im übrigen bestätigt er die Klagen und verweist auf die Aussagen der Parkwächter. Stadtrat Gen. Heitmann ist der Auffassung, daß dieser im Jahre 1913 geschlossene Vertrag den heutigen Zeitumständen entsprechend geändert werden muß. Ein Vertreter der Bürgerlichen bezweifelt, daß Gefahr für die Parkbesucher besteht. Er stimmt dem Antrag jedoch insoweit zu, daß die Uebungen anderweitig verlegt werden. Die Anträge werden dann gegen einen Teil der Bürgerlichen angenommen.

Die Verluste in der städtischen Wurstfabrik wurden vom Redner der Bürgerlichen weidlich ausgeschlachtet. Er behauptet sogar, daß nach dem Genuß städtischer Wurst Einwohner das Krankenhaus aufsuchen mußten. Stadtrat Radtke gibt zu, daß durch falsche Einlagerung Ware im Werte von 46 000 M. verdorben sei. Der Meister ist sofort entlassen, der Geschäftsführer gekündigt worden. Was aber sonst über den inneren Betrieb der Wurstfabrik gesagt worden ist, treffe nicht zu. Der Artikelschreiber in der „Deutschen Zeitung" wird demnächst vor Gericht den Beweis seiner Behauptungen zu erbringen haben. Durch Zwang waren wir verpflichtet, uns von Berlin zugewiesenes „Inneres" zu übernehmen, was erst nach und nach verarbeitet werden konnte. Im Laufe der Zeit ist dann ein Teil dieser Waren verdorben. Der in der vorletzten Sitzung durch Einspruch der Bürgerlichen zurückgestellte Antrag der Kommunisten betr. Zurücknahme der Kündigung von 17 städtischen Heizern führt zu einer teilweise erregten Aussprache. Stadtrat Waldheim als Dezernent sieht keine Möglichkeit, wegen Mangel an Mitteln die Heizer zu halten. Auch können sie leider in keinem anderen Betrieb untergebracht werden. Einstimmig beschließt die Bezirksverordnetensitzung die Zurücknahme der Kündigung.

Pfarrer Bleier über das Schloßlazarett.

Zu einer eindrucksvollen Kundgebung gestaltete sich die Versammlung, welche gestern im Bürgersaal des Rathauses stattfand, und in der Genosse Pfarrer Bleier über die Vorgänge im Charlottenburger Schloßlazarett sprach. Die Ausführungen des Redners gipfelten in dem Verlangen, daß den Lazarettinsassen die Räume belassen und alle gegen sie gerichteten Verfügungen endlich aufgehoben werden sollten. Es liege kein Grund vor, die Maßregeln gegen die Kranken und Krüppel noch länger aufrechtzuerhalten, zumal auch ihre Familien darunter schwer zu leiden hätten.

Die Versammlung bekundete durch stürmischen Beifall ihr Einverständnis mit dem Redner. Wir behalten uns vor, morgen noch eingehender hierauf zurückzukommen.

Es gibt noch Fahrkarten für die Feriensonderzüge.

Wie eine Berliner von eisenbahnamtlicher Seite bediente Korrespondenz mitteilt, sind noch zu einer ganzen Reihe von Feriensonderzügen Fahrkarten zu ermäßigten Fahrpreisen verfügbar, und zwar: Nach der Sächsischen Schweiz am 9. Juli, von Thüringen (Rückfahrt) 13. August, nach Friedrichshafen am 17. Juli sowie für die Rückfahrt am 13. August, von Basel (Rückfahrt) 13. August, nach Hamburg am 8. und 11. Juli, nach Goslar-Thale am 12. Juli, für die Rückfahrt am 13. und 15. August, nach Altenau am 11. Juli, sowie für die Rückfahrt von dort am 6. August, nach Seesen-Quedlinburg am 10. Juli, nach dem Sauerlande am 9. Juli sowie für die Rückfahrt am 30. Juli. Ferner sind Karten zu haben zu den vom Stettiner Bahnhof verkehrenden Ostseezügen, ebenso zur Rückfahrt von der Ostsee nach Berlin. Aus dieser Mitteilung geht hervor, daß die Karten zu einer Anzahl wichtigster Feriensonderzüge tatsächlich, wie wir schon vor Tagen meldeten, ausverkauft sind. Ueber die skandalösen Vorgänge an den Schaltern liegt auch bis heute noch

---

Die Rächer.

10]

Roman von Hermann Wagner.

Reisner schritt weiter, von einem Heer von Gedanken angetrieben, das ihm an den Leib rückte.

Wie dumm war der Mensch und wieviel mußte er lernen und erfahren, um zu erkennen, daß die Moral nicht ein Mittel für, sondern gegen die Schwachen war, die mit ihr gefesselt wurden, weil ihre Schwäche, hemmungslos sich selbst überlassen, nur Unheil stiften konnte. Für den Starken dagegen war die Moral nicht da, und ihm war es auch gegeben, dem Gesetz auszuweichen, wie einem blind wütenden Tier, das man lenkt, indem man seine brutale Kraft auf eine falsche Bahn, auf ein totes Gleis lockt.

Wie, war er einst nicht gestraft worden, nicht weil er getötet, sondern nur versucht hatte, zu töten? Und jetzt? Jetzt hatte er getötet. Und die Folge war nur, daß sich sein Vermögen mehrte. Die Schuld aber, die Schuld an dem Tode eines unnützen, zum Leben nicht mehr tauglichen Menschen, trug er keineswegs wie eine Last. Wie eine Genugtuung trug er sie. Er war dem Leben eine Rache schuldig für das, was es ihm angetan hatte. Er rächte sich.

Reisner speiste mit Behagen bei Hiller und fuhr sodann in den Tiergarten, den der Herbst schon anfing rötlich zu färben. Die Luft war klar, alle Farben prangten in Reife und Sattheit. Und es war, als riefe alles mit einer Heiterkeit, die aus der Ueberzeugung erfahrenen Alters kam: genieße, genieße!

Erst gegen Abend fuhr er heim, man begann, als er eintrat, schon das Kontor zu schließen.

„Alles in Ordnung?" fragte er rasch.

Man antwortete ihm, daß die Leiche des Selbstmörders fortgeschafft sei und Frau Gutzeit sich oben in ihrer Wohnung befinde.

„Wollte sie mich sprechen?"

Nein, man wußte nichts.

Er ging hinauf, läutete und fand Hilde Gutzeit bei ihren Kindern.

Sie sah verweint aus, schien aber überwunden zu haben, denn ihre Augen blickten voll müder Ruhe.

Reisner stimmte das fröhlich, und er schlug sofort einen bestimmten Ton an, als lägen hinter den Ereignissen des Tages schon Monate und Jahre. „Wir wollen beraten," sagte er. „Sind Sie bereit?"

Sie nickte.

Da entwickelte er ihr in raschen, sicheren Sätzen, wozu er sich nach reiflicher Ueberlegung entschlossen hatte. Er sah sie dabei mit überlegenem Spott an. Und diese Ueberlegenheit, die er fühlte, schmeichelte ihm, er spiegelte sich gleichsam in ihr, und er war mit dem Bilde, das dieser Spiegel zurückwarf, sehr zufrieden.

Daß sie keinen gesetzlichen Anspruch auf eine Abfertigung in Geld habe, werde sie wissen. Das, was er ihrem Gatten und ihr in den letzten Monaten habe zukommen lassen, sei ein Geschenk gewesen, mit dem er sich ihnen beiden habe dankbar zeigen wollen dafür, daß sie, ohne das freilich zu beabsichtigen, durch ihren Ruin ihm selbst Gelegenheit gegeben hatten, sein eigenes Vermögen zu vermehren. Diese Dankbarkeit wolle er auch weiter bekunden dadurch, daß er ihr nun, womit sie allerdings für alle Zeiten abgefertigt sein würde, noch einen festen Betrag von fünftausend Mark zur Verfügung stelle. Und er frage sie, ob sie damit einverstanden sei.

Wieder nickte sie stumm.

Er verbeugte sich und zog ein Papier aus der Tasche. „Gut, dann bitte ich, diese Erklärung zu unterschreiben."

Sie unterschrieb und gab das Papier zurück.

Er steckte es sorgfältig ein und zählte ihr sodann in fünf Scheinen den Betrag von fünftausend Mark auf den Tisch. „Stimmt es?" fragte er.

„Ja, es stimmt."

Er lächelte. „Sie sind brav, und das macht mir Freude. Sie sollen deshalb auch nicht vergessen, daß, wenn Sie in Zukunft einmal in Not geraten sollten, Sie immer einen Freund in mir haben werden." Er sah sie prüfend an. „Einen Freund!" sagte er noch einmal mit Betonung. „Haben Sie mich verstanden?"

„Ja," sagte sie matt.

Er verbeugte sich leicht. „Auf Wiedersehen also — und, wenn es sich macht, . . . das heißt, ich dränge Sie natürlich nicht!, . . . aber es ist doch wohl nötig, daß ich es sage!, . . . also, ich meine: diese Wohnung . . . müßten Sie . . . bald . . . verlassen . . ."

Sie hörte seine Schritte draußen verhallen.

Mit blinden Augen starrte sie vor sich hin ins Leere.

9.

Reisner hatte Glück.

Er hatte aber nicht nur Glück, er arbeitete auch. Aeußerlich unterschied sich seine Arbeit nicht viel von der, die er in seiner Jugend in Hamburg geleistet hatte. Wieder galt er als geschäftlich außerordentlich rührig, scharf und nüchtern im Denken und rasch und selbständig in seinen Entschlüssen. Nur daß er es verstand, aus einer Stunde zwei zu machen.

Er genoß bei allen, die mit ihm zu tun hatten, Vertrauen, welchem freilich immer eine Art Furcht beigemischt war. Diese Furcht galt seiner Rücksichtslosigkeit. Denn es war bekannt, daß er einen unheimlichen Spürsinn besaß, dem keine Schwäche des Gegners entging. An dieser Schwäche biß er sich dann bei denen, denen er übel wollte, fest. Und sonderbarerweise gab es niemanden, der glaubte, daß Reisner ihm wohl wolle. Aus welchem Grunde Reisner eigentlich überall verhaßt war.

Es schien indes, als ob Reisner diesen Haß gar nicht bemerke, denn wo immer er sich zeigte, zeigte er sich mit einem Lächeln, dessen Liebenswürdigkeit jede Härte und jede böse Absicht Lügen zu strafen schien. Und immer war er dabei, den Kreis seiner Beziehungen zu erweitern. Ueberraschend schnell hatte er sich die Fähigkeit angeeignet, sein wahres Gesicht zu verbergen, und Leute, die ihn das erstemal sahen, waren in der Regel bezaubert von ihm.

Nicht weniger gut verstand er sich auch darauf, seine wahren Pläne zu verschleiern. Stets trat er auf den Plan mit der Miene eines, der nichts will, um sich dann mit spöttischem Dank zu verabschieden, wenn er erreicht hatte, was er wollte.

Was das war, wußte man erst, wenn es zu spät war, sich vor ihm zu retten. Denn er hielt sein Opfer fest und gab es erst frei, wenn es sein Verbündeter geworden war. Eine Menge listiger Verträge kettete so Menschen an ihn, die, obgleich sie wünschten, ihm zu schaden, ihm doch Nutzen stiften mußten.

Er war rastlos. Das von Gutzeit übernommene Geschäft füllte längst nicht mehr den Tätigkeitsdrang aus, der in ihm steckte, und er hatte es kaum sieben Monate in seinem Besitz behalten.

Im Winter fand sich eine Gelegenheit, es mit großem Vorteil zu verkaufen, nebst jenem Haus im Westen, in dem zu wohnen ihm nicht mehr gut genug war. Er brachte eine Villa im Grunewald an sich, die er glänzend einrichtete, und anstatt daß ihm dieser Tausch Geld gekostet hätte, brachte er ihm Geld ein.

Er kaufte, verkaufte, kaufte zurück, — er verpaßte keine Gelegenheit, die günstig war. Und nie verschwendete er. Daß auf diese Weise seine Mittel sich mehrten, war kein Wunder. Innerhalb acht Monaten hatte er eine halbe Million Mark verdient.

(Forts. folgt.)

keine amtliche Erklärung vor. Die Eisenbahndirektion Berlin hat im übrigen soeben angeordnet, daß für die Sonderzüge von den Badeorten nach Berlin, also für die Sonderzüge der Rückfahrt, die Fahrkarten auch ohne die gleichzeitige Lösung der Fahrkarten für die Hinfahrt ausgegeben werden dürfen. Damit ist auch solchen Reisenden Gelegenheit gegeben, wenigstens eine Fahrt zu ermäßigtem Fahrpreis zurückzulegen, wenn sie auch für die Hinreise die Züge etwa wegen ihrer ungünstigen Lage nicht benutzen können.

Reichskanzler Dr. Wirth wird auf der großen Veranstaltung des Oberschlesier-Hilfswerkes am Sonntag, den 3. Juli, in der Philharmonie, 8 Uhr abends, eine Ansprache halten. Ferner weist das Programm einen Aufruf von Gerhart Hauptmann auf, Vorträge des Berliner Domchors, des Berliner Lehrergesangvereins. Rezitation von Else Heims und Hans Mühlhofer, und zwar eine Dichtung von Hermann Stehr und schließlich Filmvorführung: Neueste Aufnahmen aus Oberschlesien. Karten bei: A. Wertheim, Philharmonie und Hauptgeschäftsstelle des Oberschlesier-Hilfswerks, Berlin, Unter den Linden 78, zwischen 9—5 Uhr.

Professor Einstein als Gast des Roten Kreuzes. In den Räumen des Landeshauses der Provinz Brandenburg fand auf Einladung des Roten Kreuzes ein Empfangsabend zu Ehren des von seiner Amerikafahrt heimgekehrten Professors Einstein statt. Neben dem Reichspräsidenten Ebert, den Mitgliedern des Reichskabinetts und der preußischen Regierung sah man den Reichstagspräsidenten Löbe und Oberbürgermeister Böß. Professor Einstein hielt eine Ansprache, deren wesentlichste Punkte sich auch in der in Nr. 303 des „Vorwärts" vom 30. Juni veröffentlichten Unterredung eines unserer Mitarbeiter mit dem Gelehrten finden.

Ihren 80. Geburtstag feiert am heutigen Tage die Genossin Kirschke, Schöneberg, Bahnstr. 13. Die Jubilarin, die schon bei der Gründung des Frauenbildungsvereins mittätig gewesen ist, wirkt trotz ihres hohen Alters noch nach Kräften für die Partei. Die Bezirksverordnetenfraktion, die Vorstände des 11. Kreises und der 78. Abteilung, der die Genossin angehört, haben sie durch Glückwünsche, Blumen- und andere Spenden erfreut. Wir wünschen der Genossin Kirschke einen noch recht langen, ungetrübten Lebensabend.

Ein Glückspilz. Eine aufregende Szene spielte sich gestern mittag am Belle-Alliance-Platz ab. Hier versuchte der Hilfsarbeiter Richard Viole aus Rehbrücke bei Potsdam auf einen in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen der Linie 42 zu springen. Er kam dabei zu Fall und geriet zum Entsetzen der zahlreichen Fußgänger zwischen Trieb- und Anhängerwagen. Auf die Zurufe der Passanten bremste der Führer der „Elektrischen" mit solcher Gewalt, daß der Straßenbahnzug fast augenblicklich zum Stehen kam. Man eilte herbei, um den — wie man nicht anders glaubte — Schwerverletzten unter dem Wagen hervorzuziehen, als sich dieser ohne jede Hilfe erhob und sich den freudig überraschten Zeugen des Vorfalles völlig unversehrt präsentierte.

Die Bezirksversammlung Berlin-Mitte, die im Bürgersaal des Rathauses tagte, hatte über die Neubenennung des Bezirks zu beschließen. Anstatt „Mitte" war vom Bezirksamt „Berlin-Altstadt" vorgeschlagen. Die Versammlung verblieb jedoch bei der jetzigen Benennung Berlin-Mitte.

Lebhaft wurde es bei der Behandlung von Exmissionsangelegenheiten. In einem Fall war vom Wohnungsamt und Gericht die Ausweisung veranlaßt. Auch die Beschwerdekommission beim Bezirksamt stimmte einstimmig zu, da der ehrenwerte Mitbürger in dem Wohnhaus alles für ihn Erreichbare, dazu auch Treppengeländer und Türen, zu Brennholz verarbeitet. Das Obdach soll sich angeblich auch geweigert haben, den Mitbürger aufzunehmen. Da nun der Mann mit sieben Kindern auf der Straße saß, blieb dem Stadtrat nichts übrig, als ihn wieder in die Wohnung, aus der er ausgewiesen war, einzuweisen. In einem anderen Fall blieb dem Mitglied der Kommission nichts übrig, als das ausgewiesene Ehepaar in seine eigene Wohnung aufzunehmen, damit die Leute nicht auf der Straße bleiben mußten.

Ueber das Ueberhandnehmen der Dirnen in der Ackerstraße waren zahlreiche Beschwerden eingegangen. Hieraus entspann sich eine aufgeregte Debatte, bei welcher es zwischen der USP. und den Kommunisten harte Zusammenstöße gab. Die letzteren legten sich für die Prostituierten ins Zeug und warfen der USP. vor, sie in die Hände der Polizei zu treiben. In den Redekämpfen zwischen der USP. und den Kommunisten erkannte man deutlich Geplänkel des kommenden Wahlkampfes in Groß-Berlin. Die SPD.-Fraktion hat einen Antrag auf Oeffnung des Monbijou-Parks für das Publikum eingereicht.

Die Bezirksversammlung des 19. Bezirks (Pankow) erledigte durch einstimmige Annahme nicht weniger als 30 Auffassungsangebote von Straßenland in Karow und Niederschönhausen. Der Antrag auf Wiedereröffnung des Wochenmarkts in Niederschönhausen für die Tage Mittwoch von morgens 8 bis 1 Uhr nachmittags und Sonnabend von nachmittag 2 bis 7 Uhr fand einstimmige Annahme. Lebhafte Auseinandersetzung ergab der Bericht der Kommission über die Abgrenzung des Aufgabenkreises der Ortsausschüsse. Bezirksamt und Versammlung hatten die Bildung von Ortsbezirken abgelehnt, dafür den Parteien empfohlen, Ortsausschüsse zu bilden, um den Bewohnern der einzelnen Orte die Beteiligung am kommunalen Leben zu ermöglichen. Die Kommissionsvorlage wurde mit einem Aenderungsvorschlag der SPD. gegen die Stimmen der VKPD. (die sich in einer früheren Versammlung dafür ausgesprochen) angenommen. Eine längere Debatte rief die Pensionierung des Polizeiinspektors Becker hervor. Die Rechtsparteien arbeiteten mit schwerem Geschütz gegen den Mann, der zu den Ihrigen zählte, nach der Revolution sich aber zur USP. wandte. Seitdem bildet er die Zielscheibe des Hasses der Rechtsparteien. Bei der Uebernahme der Polizei in den Staatsdienst wurde er abgelehnt. Eine andere Beschäftigung glaubt er wohl nicht übernehmen zu können und will als 48jähriger pensioniert werden. Durch 7 ärztliche Gutachten weist er seine Arbeitsunfähigkeit nach. Die SPD. hat in der Erkenntnis, daß alle Gutachten nur den subjektiven Befund feststellen, der objektiven Untersuchung der Polizeiinspektor sich aber bis jetzt entzogen hat (was aus den ärztlichen Gutachten hervorgeht) und daß es sich um einen kräftigen Mann von noch nicht 50 Jahren handelt, der eine Pension von über 21 000 Mark erhalten würde, gegen die Pensionierung gestimmt und ist für eine genaue amtliche Untersuchung eingetreten. Die Versammlung beschloß dementsprechend.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag vorm. 11 Uhr im Rathaus, Königstraße, Vortrag des Herrn Ernst Däumig: Kirche und soziale Revolution. Harmonium: Russische Zigeunerlieder. Gäste willkommen. Während der Schulferien, bis 21. August, keine Vorträge.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, Sonntag, den 3. Juli:

35. Abt. Familienausflug nach Spindlersfeld. Die Genossen treffen sich früh 9.18 Uhr Bahnhof Alexanderplatz (Bahnsteig). Für Nachzügler mittags 1 Uhr Restaurant Nixwald, Spindlersfeld. Daselbst Kaffeekochen, Kinderbelustigungen usw. Genossen benachbarter Abteilungen herzlich willkommen.

30., 31. und 32. Abt. Familienausflug nach Zepernick. Im Walde großes Unterhaltungsprogramm, besonders für Kinder. Abmarsch früh 8 Uhr vom Kreuzungsplatz in der Stolpischen Straße. Sonderzug steht zur Stelle für Hin- und Rückfahrt.

51. Abt. Charlottenburg. Besichtigung des Botanischen Gartens. Treffpunkt vormittags 10 Uhr Wirtschaftshof, Unter den Eichen.

98. Abt. Neukölln. Auf zum Waldfest in der Königsheide, Nähe Spätho Baumschule. Abmarsch früh 8½ Uhr von der Kaiser-Friedrich-, Ecke Fuldastraße, unter Musikbegleitung. Weitestgehende Unterhaltung. 5 Uhr großes Kaffeekochen. Um rege Beteiligung mit Gästen bittet der Abteilungsvorstand.

Wetterbericht bis Sonntag mittag. Etwas wärmer, zeitweise heiter, meist trocken, bei mäßigen nordwestlichen Winden.

Abstimmungen zum Justizwesen.

Der Landtag hat am Freitag nach Ablehnung einiger kommunistischer Anträge die Ausschußanträge angenommen. Sie betreffen u. a. die Entlastung der Leiter größerer Strafanstalten, damit sie sich dem persönlichen Verkehr mit den Gefangenen mehr widmen können; ferner soll dem Bildungs- und Schulwesen in den Strafanstalten mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden, unbemittelte Untersuchungsgefangene sollen auf Staatskosten ihren Angehörigen ihre Verhaftung mitteilen dürfen, alle in der Oeffentlichkeit gegen Gerichtsurteile oder sonstige richterliche Entscheidungen und Handlungen erhobenen Vorwürfe sollen vom Justizministerium einer Nachprüfung unterzogen werden, schnellere Erledigung der Verfahren wegen Wucher- und Schieberverbrechen usw.

Ein heftiger Kampf entbrannte um die sozialdemokratischen Anträge, von denen die wichtigsten, wenn auch zum Teil mit knapper Mehrheit, angenommen wurden.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag Braun (Soz.) auf Anweisung der Staatsanwälte zur Unterlassung der Beschädigung von Rotationsmaschinen, Wegnahme von Maschinenteilen und andere im Pressegesetz nicht vorgesehener Eingriffe im Druckereibetriebe mit 216 Stimmen gegen 84 Stimmen angenommen. Auch Volksparteiler stimmen dafür. — Ein sozialdemokratischer Antrag über Volkswahl der Laienrichter wird mit 184 Stimmen der Rechten gegen 128 der Linken abgelehnt. Dagegen werden die sozialdemokratischen Anträge auf Zulassung der Berufung gegen alle erstinstanzlichen Urteile in Strafsachen und Eröffnung des Weges zum Berufsrichteramt auf Staatskosten für Kinder Minderbemittelter einstimmig angenommen, ebenso in namentlicher Abstimmung der sozialdemokratische Antrag, daß praktisch erfahrene und befähigte Personen außerhalb des vorgeschriebenen Ausbildungsganges durch Ablegung der Gerichtsassessorprüfung die Befähigung zum Richteramt erlangen können, mit 158 gegen 149 Stimmen. Einstimmig wird der sozialdemokratische Antrag angenommen, daß der Justizminister auf die Entschädigung der Schöffen und Geschworenen für entgangenen Arbeitsverdienst hinwirke. Der sozialdemokratische Antrag auf

Abschaffung der Todesstrafe

wird in namentlicher Abstimmung mit 175 Stimmen der Rechten gegen 133 Stimmen der Sozialisten und verschiedener Demokraten abgelehnt. (Lang anhaltender Lärm. Pfuirufe.)

Danach werden sämtliche kommunistischen und unabhängigen Anträge abgelehnt. Angenommen wird ein sozialdemokratischer Antrag auf schnelle Vorlage einer

Reform des Strafvollzuges

zur Trennung des Strafvollzuges von der Staatsanwaltschaft und Bildung selbständiger Verwaltungskörper dafür, Beschäftigung der Gefangenen nach ihren Fähigkeiten, Wünschen und beruflicher Tätigkeit, Gewähren des Rechtes, politische Zeitungen, Zeitschriften und Bücher zu lesen in weitem Umfange, Ausgestaltung der Gefängnisbibliotheken nach den Grundsätzen moderner Volksbibliotheken ohne politische und religiöse Tendenzen, Abschaffung des Dunkelarrests, Ausgestaltung des Pflichtunterrichts mit modernen Anschauungsmitteln in Vortragsform. — Einstimmig wird ein Zentrumsantrag angenommen über Sonderbehandlung geisteskranker Gefangener.

Auf eine Anfrage der Frau Ege (Soz.), ob den Arbeiterjugendverbänden dieselben Mittel wie den bürgerlichen Vereinen bewilligt werden sollen, erklärt Frau Ministerialrat Weber, Unterschiede nach politischer Stellung würden nicht gemacht werden. — Auf eine Anfrage Simon (Soz.) über die Anlegung von Listen für stellungslose Schulamtskandidaten hin wird die Weiterverfolgung dieser Angelegenheit in Aussicht gestellt. — Angenommen wird ein Antrag des Ausschusses, wonach der deutsch gebliebene, östlich der Weichsel gelegene Teil von Westpreußen als

Regierungsbezirk Westpreußen

bestehen bleibt, ferner auf Zuteilung von Elbing-Stadt und Land, Marienburg, Marienwerder, Stuhm und Rosenberg zu Ostpreußen; die dortigen Provinziallandtagsabgeordneten erhalten volles Stimmrecht im Provinziallandtag Ostpreußen. Zum

Domänen-Haushalt

führt Abg. Weber-Griesheim (Soz.) aus: Die Zustände, vor allen Dingen die Behandlung der Landarbeiter auf den Domänen, der Wucher durch Weiterverpachtung der Domänen zu unerschwinglichen Preisen, haben einen Grad angenommen, die jeder Beschreibung spotten. Auf der einen Seite unverhältnismäßig niedrige Pachtpreise, und dabei verlangen die Domänenpächter von ihren Unterpächtern das Zehnfache! Die Forst- und Domänenverwaltungen gehören größtenteils den Arbeitgeberverbänden an und wirken so bei Lohndifferenzen als vorgesetzte Instanz lediglich zum Nutzen der Pächter. Die Interessen der Landarbeiter finden natürlich keine Berücksichtigung. Gutsbesitzer und Domänenpächter haben während des Krieges sehr viel verdient. Unter den 19 in Salzwedel wegen Steuerhinterziehung mit Strafen von zusammen 1 300 000 M. Bestraften befanden sich 16 Landwirte, und das waren meistens noch mittlere Bauern! Wir lehnen die beantragte Aufhebung der Erhöhung der Pachtpreise für Domänen grundsätzlich ab. Notwendig ist unbedingt eine engere Fühlung zwischen Vertretern landwirtschaftlicher Arbeiterorganisationen und Arbeitgeberverbänden. Die in Selbstbewirtschaftung befindlichen Domänen müssen gezwungen werden, jährlich eine Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung vorzulegen. Vor allen Dingen muß dem Landarbeiter, der noch immer ein

Sklave der Besitzenden

ist und noch größtenteils mit der Peitsche in der Hand regiert wird, eine menschenwürdigere Behandlung zuteil werden. Naturalbezüge müssen zum Erzeugerpreis auf die Löhne angerechnet werden. Im Arbeiterwohnungsbau auf den Domänen ist noch viel nachzuholen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Kaufhold (Dn.) greift des Ministers Braun Pachtschutzordnung an.

Dienstag 1 Uhr: Ortskassenverzeichnis, Haushalt, Groß-Berlin, Ueberalterungsgesetz.

Schluß 6 Uhr.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiter-Jugend Groß-Berlin. Sekretariat: NW. 40, In den Zelten 29.

Das Jugendsekretariat befindet sich bis auf weiteres noch In den Zelten 29. Fernsprecher: Hansa 1444—1446.

Heute, Sonnabend, den 2. Juli:

Eine Konferenz der Spiel- und Sportleiter findet um ½7 Uhr im Zentraljugendheim, Lindenstr. 3, statt. Vortrag: „Spiel und Sport in der Arbeiterjugendbewegung". Referent Genosse Alex vom Grumbkow, Mitgl. d. R.-T.-B. **Karlshorst.** 7 Uhr Volkstänze und Reigen in der Turnhalle der 4. Volksschule, Augusta-Viktoria-Straße.

Morgen, Sonntag, den 3. Juli:

Köpenick. Wanderung. Treffpunkt ½3 Uhr Schloßplatz. — Gesundbrunnen. Wanderung Gorinsee, Treffpunkt ½6 Uhr Bhf. Gesundbrunnen. — Neukölln. Wanderung Biesenwerder, Treffpunkt 6 Uhr Ringbahnhof. — Prenzlauer Vorstadt. Wanderung, Treffpunkt 7½ Uhr Schönhauser Allee. — Steglitz-Friedenau. Wanderung Potsdam, Treffpunkt ½7 Uhr Bhf. Steglitz. — Steglitz II: Wanderung Potsdam, Treffpunkt ½7 Uhr Bhf. Steglitz. — Südwest. Nachtwanderung Strausberg, Treffpunkt Sonnabend ½7 Uhr Blücherplatz. — Treptow. Nachtwanderung Erkner—Müllenser. Treffpunkt Sonnabend 6 Uhr Ringbahnhof.

Aus aller Welt.

Choleraseuche in Sowjetrußland. Die Moskauer „Iswestija" melden von einer heftigen Choleraseuche, die vom Südosten des europäischen Rußlands sich nordwärts nach Zentralrußland ausbreitet. In Rostow am Don und Woronesch hat die starke Zunahme der Krankheitsfälle außerordentliche Maßnahmen veranlaßt.

Geschäftliche Mitteilungen.

16 Pfennig Tage, das ist die Devise, unter der sich der Verkauf des bekannten Herren- und Knaben-Konfektionshauses M. Schulmeister, Kottbuser Tor, auszeichnet.

Wirtschaft

Ein Kulturwerk in Oldenburg.

Vom Landesarbeiterrat des Freistaates Oldenburg wird uns geschrieben:

Dem Reichstage ist im Nachtragsetat des Reichsverkehrsministeriums u. a. eine Forderung von 20 Millionen Mark unterbreitet, die für den Ausbau des Hunte-Ems-Kanals bestimmt ist. Dieser Hunte-Ems-Kanal ist im Jahre 1896 fertig geworden und führt von Oldenburg aus etwa 30 Kilometer tief in die Moore hinein. Als während des Krieges die Notwendigkeit an uns herantrat, die Oedländereien im Lande zu kultivieren, um die Lebensmittelknappheit zu bekämpfen, da erinnerte man sich auch der Moore, die mit wenig Arbeit in fruchtbares Kulturland umzuwandeln sind. Es entstanden in kurzer Zeit große Moorgüter, die mit eigens dafür gebauten Landbaumotoren gewaltige Flächen in Kultur nahmen. Die Kohlennot führte weiter dazu, die in jenen Mooren liegenden Schätze an Ersatzbrennstoffen zu heben. So wurde in großzügiger Weise die Torfproduktion aufgenommen. Heute sind an beiden Ufern des Kanals insgesamt 40 größere und kleinere industrielle Betriebe (ohne die Kolonisten) angesiedelt. Vor 20 Jahren wurden die ersten Werke am Kanal angelegt. Nach und nach siedelten sich eine Menge Kolonisten an, die hier in zäher Arbeit ihr Brot verdienen und sich eine neue Heimat schufen. Heute nun steht ein Werk neben dem anderen am Kanal: Torfwerke, Torfkohlenfabriken, Torfstreufabriken, Ziegeleien, Moorgüter, Gewächshausanlagen, Gemüseplantagen und kleine Handwerksbetriebe.

Das investierte Kapital in den Werken, die hauptsächlich in den letzten fünf Jahren entstanden sind, wird auf etwa 150 Millionen Mark errechnet. Alle diese Werke sind für den Abtransport ihrer Erzeugnisse und die Herbeischaffung ihrer Bedarfsartikel auf den Kanal angewiesen, der seit zwei Jahren den Anforderungen nicht mehr genügt. So mußten im letzten Jahre allein von der Torfproduktion, die annähernd 350 000 Tonnen betrug, 100 000 Tonnen liegen bleiben. Für die nächsten Jahre rechnen diese Werke allein mit einer Produktion von 700 000 Tonnen. Hinzu kommt, daß mit der fortschreitenden Kultivierung des Landes große Mengen Düngemittel benötigt werden, daß die landwirtschaftlichen Erzeugnisse abtransportiert werden müssen und alle diese Werke auf den Kanal als den einzigen Verkehrsweg angewiesen sind.

Es ist nicht unwesentlich, daß durch den Ausbau des Hunte-Ems-Kanals und seine Fortführung nach der Ems nicht nur Zehntausende von Hektar Moorland neu erschlossen werden, sondern daß auch eine Regelung der Wasserwirtschaft in diesem Gebiet erfolgen kann, wie sie glänzender kaum zu denken ist. Bisher waren von dem früher schon kultivierten Lande alljährlich gegen 20 000 Hektar überschwemmt, weil die vorhandenen Flüsse das Niederschlagswasser nicht fassen konnten. Diese Hochwassergefahren und Ueberschwemmungen, die jährlich schon im Frieden für 2 bis 3 Millionen Mark Ernteschäden verursachten, werden durch den Kanal beseitigt. Mit dem Ausbau dieses Kanals, der einer Industrie die Möglichkeit zu großer Entfaltung gibt und die Vorbedingung für die Kultivierung der Moore schafft, wird ein Kulturwerk ersten Ranges geschaffen.

---

37 Polenmark = 1 Papiermark!

Man forderte in Warschau am Donnerstag bereits 37 polnische Mark für eine deutsche. Vor einer Woche stand die deutsche Mark nur 24. Die Panik ist vollkommen und die Oeffentlichkeit fordert von der Regierung Reitung. Finanzminister Steczkowski wird eine neue Aktion zur Reduzierung des bankrotten Budgets einzuleiten und als Hauptgegenstand seiner Bemühungen eine einmalige Vermögensabgabe durchzusetzen versuchen.

Das Forschungsinstitut für Gemeinwirtschaft in Wien hielt am 23. Juni seine Generalversammlung ab, in der der Generalsekretär Dr. Otto Neurath über die Tätigkeit dieses wissenschaftlichen, für die Erkenntnis und die Propaganda der Gemeinwirtschaft außerordentlich wichtigen Unternehmens im ersten Jahr seines Bestehens Bericht erstattete. Zu den Aufgaben des Instituts, das von einem Verein gleichen Namens gegründet wurde und von öffentlichen und privaten Organisationen unterstützt wird, gehört die Aufstellung eines Wirtschaftsplanes für Oesterreich auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage, ferner die gesamte wissenschaftliche Organisation und Berichterstattung auf diesem Gebiete. Vorträge, Veröffentlichungen und Ausstellungen werden veranstaltet. Neurath stellte in seinem Bericht fest, daß die wissenschaftliche Erforschung der Gemeinwirtschaft ungenügend und daß das Interesse daran, sie zu fördern, gering ist. Trotz knapper Mittel konnte das Institut dennoch eine Reihe wichtiger Arbeiten durchführen, besonders auf dem Gebiet der Berufsberatung und -umschichtung. Diese Arbeiten haben sich zu einem Entwurf über die Schaffung einer Zentralstelle für Wirtschaftserziehung verdichtet. Ferner wurde Material über diejenigen Organisationen gesammelt, die für die unmittelbare Durchführung der Gemeinwirtschaft Bedeutung gewinnen dürften, wie die deutschen Betriebsräte, die italienischen Arbeiterkammern und landwirtschaftlichen Genossenschaften und Organisationen. Weiter widmete sich das Institut der österreichischen Siedlungsbewegung, der Studentenarbeit und der gemeinwirtschaftlichen Beratung der Gemeinden. Ein besonderer Erfolg der gemeinwirtschaftlichen Bestrebungen ist, daß sich in Oesterreich ein Interessenverband für Gemeinwirtschaft gebildet hat, in dem u. a. die Gewerkschaften, die Konsumvereine, die Arbeiterkammern und die gemeinwirtschaftlichen Anstalten vertreten sind.

Die Ausschaltung des Kleinhandels. Die italienische Textilindustrie leidet auch unter der Wirtschaftskrise, besonders seit der Besserung der italienischen Valuta, welche den Export dieser Waren erschwert. Da die Detailhändler mit den Preisen nicht heruntergehen wollten und somit die Absatzstockung verschärften, hat sich die in Mailand konzentrierte Textilindustrie, und zwar die Unternehmerverbände im Einvernehmen mit dem Verband der Textilarbeiter, zur Ausschaltung des Kleinhandels entschlossen. Die vereinigten Fabrikanten haben zwei Warenhäuser eingerichtet, wo sie Textil- und Schuhwaren zu Selbstkostenpreisen unmittelbar an die Konsumenten abgeben. Die Verkäufe finden hauptsächlich in der Weise statt, daß zu einem Einheitspreis je ein Paket, enthaltend einen Wollanzug, Unterwäsche, Strümpfe und ein Paar Stiefel abgegeben wird. Nachdem die Kleinhändler zuerst in italienischer Art sich wilde Ausbrüche der Leidenschaft erlaubten, haben sie nach den letzten Nachrichten sich doch zu sehr bedeutenden Preisherabsetzungen bequemt. — Das Vorgehen der italienischen Textilindustrie ist deshalb interessant, weil man sonst gegen eine Verbilligung der Verteilung durch die Verkürzung des Weges vom Erzeuger zum Verbraucher die merkwürdigsten Bedenken hören kann. Mit welcher Erbitterung wurden insbesondere die Konsumgenossenschaften bekämpft! In diesem Falle ist aber der Gegensatz zwischen Erzeugern und Verteilern deshalb zum offenen Konflikt geworden, weil der Kleinhandel sich dem Preisabbau nicht rasch genug anzuschmiegen gewillt ist.

Soziales.

Der Krankenkassentag in Freiburg.

Im weiteren Verlauf des Verbandstages der Krankenkassen Deutschlands sprach Professor Rost, der Direktor der pharmakologischen Universitätsklinik Freiburg über die Bekämpfung der Geschlechts- und Hautkrankheiten. Die Zunahme der Geschlechtskrankheiten mache es den Krankenkassen zur Pflicht, auf eine möglichst baldige ärztliche Behandlung der Geschlechtskrankheiten bedacht zu sein. Sodann sprach der Vorsitzende der Landesversicherungsanstalt Badens, Geheimrat Beck aus Karlsruhe, über die Arbeitsgemeinschaft der Krankenkassen- und Berufsorganisationen. An den Reichstag und an die Reichsregierung wurde ein Antrag gerichtet, den aufschießenden Gründungen von kleinen Krankenkassen durch gesetzliche Vorschriften entgegenzuwirken. Die nächste Jahrestagung findet in Würzburg statt.

Theater, Lichtspiele etc.

Staatsoper
Sommergastspiel
Leitung Gustav Bergmann
Die Strohwitwe
7½ Uhr

Deutsches Theater
7½ Uhr: Potasch u. Perlmutter
Sonntag 7½: Potasch u. Perlmutter

Kammerspiele
7½: Zwei glückliche Tage
Sonntag 7½: Zwei glückliche Tage

Gr. Schauspielhaus
(Karlstraße)
7½: Die Weber (Auß. Abonn.)
Sonntag 7½ Uhr: Die Weber
(Außer Abonnement)

Theater i. d. Königgrätzer Str.
Gastsp. Exl-Bühne-Innsbruck
7.30 Uhr: Erde
Sonntag: Glaube und Heimat
Montag: Der Weibsteufel

Berliner Theater
Allabendlich 7.30 Uhr:
Das Milliarden-Souper
Ralph Artur Roberts, Else Müller, Uschi Elleot, Herbert Kiper, Paul Rehkopf

Komödienhaus
7.30: Der blonde Engel

Central-Theater
7½ Uhr: **Jlonka**

Deutsches Opernhaus
7½ Uhr: **Margarete**

Friedr.-Wilhelmst. Th.
7½ Uhr: **Die Kleine aus der Hölle**

Kl. Schauspielhaus
7½ Uhr: **Reigen**

Kleines Theater
7½: Limburg u. Schönemann in: Nur ein Traum
Stg. 4 Uhr: Nur ein Traum

Metropol-Theater
7½ Uhr: **Die blaue Mazur**

Neues Operettentheat.
7½ Uhr: **American-Girl**

Residenz-Theater
7½ Uhr Max Adalbert in 1919 (Ab dafür!)
Stg. 4 Uhr: Am Teetisch

Schiller-Theat. Charl.
7½ Uhr: **Meine Frau - das Fräulein**

Schloßpark-Theat.
Steglitz, Schloßstraße 48
7½ U.: **Der Rangierbahnhof**

Thalia-Theater
7½ Uhr **Mascottchen**

Th. am Nollendorfplatz
3½ Uhr: Die schöne Geisha
Das Versprechen hinterm Herd
7½ Uhr: **Der Vetter aus Dingsda**

Theater des Westens
7½ Uhr: **Morgen wieder lustik!**

Th. i. d. Kommandantenstr.
7½ Uhr **Die goldene Freiheit**

Trianon-Theater
7½ Uhr: Ida Wüst in Lady Windermeres Fächer
Stg 3½: Lady Winderm. Fächer

Wallner-Theater
7½ Uhr: **Der Kuhreigen**

Walhalla-Theater
7½ Uhr: **Scheidungsreise**

Admirals-Palast
7½ Uhr: **Abrakadabra**
Morgen 7½: Abrakadabra

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
7½ Uhr: **Der Kaiserjäger**
Sonntag, 3. Juli, nachm. 3 U.: Die Fledermaus

Lessing-Theater
Allabendlich 7½ Uhr:
Die Ballerina des Königs
(Konstantin, Götz)

Deutsches Künstler-Theater
7½ Uhr: **Geständnis**
Ralph, Korff, Otto

Komische Oper
Opernspielzeit
Täglich 7¾ Uhr
Alt-Heidelberg
Oper von Pacchierotti
Stg. 3½: Der Barbier v. Sevilla

Rose-Theater
Wo die Schwalben nisten

Apollo-Theater
7½ Uhr. Sonntags auch 3½ 7½
Die große
Ausstattungs-Schau
Tip Tip Hurrah!
Ueber 150 Mitwirk. mit dem bekannten
Wilhelm Hartstein
Albert Paulig
Heinz Sarnow
Erna Alberti
Else Schlolcka
Orig.-Pferderennen

Berliner Prater
Kastanien-Allee 7—9
Täglich ½8 Uhr:
:: Varieté ::
Wenn Engel streiken!
Operette in 3 Akten

Metropol-Varieté-Kabarett
Behrenstraße 54
7½ Uhr:
Persönliches Auftreten
Johannes Riemann und **Dora Schlüter** in „Cocain" (Sektkübel)
3 Grix Grigoris
Alex Siamer
Leo Morgenstern
Hensel & Hagen
4 Juroff Marrilons
2 Maisons
Geschw. Princz
Camarosa
Sums

Oberschlesier-Hilfswerk

Philharmonie

Sonntag, den 3. Juli 1921
8 Uhr abends

Aufruf von Gerhart Hauptmann
:: Berliner Domchor ::
:: Berliner Lehrergesangverein ::
Ansprache
vom Reichskanzler Dr. Wirth

Rezitation: Else Heims u. Hans Mühlhofer / Dichtung von Hermann Stehr
Lichtbildervorführung:
Neueste Aufnahmen aus Oberschlesien

Karten bei A. Wertheim, Philharmonie und Hauptgeschäftsstelle, Unter den Linden 78

Folies Caprice
Linienstr. 132 am Oranienbg. T.
Täglich 7½ Uhr:
Prinzessin vom Nil
Operette in 3 Akten
Musik von Victor Holländer
mit Fränzi Bienke, Max Walden, Käthe Jungherr usw.

Wintergarten
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Th. a. Kottbuser Tor
Tel. Moritzpl. 16077
Tägl. 7½ Uhr:
Elite-Sänger
— 10 Herren! —
Witz! Komik!
Urkom. Typen!
Größt. Lacherfolg
Vorvk. 11-1½, 4-6 U.

Schau-Burg
Königgrätzer Straße 121
Täglich 8½ Uhr:
Herrnfeld-Gastsp.
Kriegsgewinnler
Anton Herrnfeld persönl.
Ab 7 Uhr:
Filmprogramm

Reichshall.-Theater
Stettiner Sänger
Anfang 7½ Uhr
Dönhoff-Brettl
:: Varieté ::
Saal u. Garten

Korpulenz
beschwerl. Leibesfülle, starke Hüften, Doppelkinn, beseitigt auch ohne Diät „Graziana". Unschädl. natürl. Entfettungsmittel. 30 Jahre m. höchstem Erfolg bewährt. M. 18.—, 3 Pak. M. 43.50.
Otto Reichel, Berlin 43
Eisenbahnstraße 4

Rennen zu Grunewald
(Unionklub)
Sonnabend, den 2. Juli, nachm. 3 Uhr:
7 Rennen

Ab Oberbaumbrücke tägl. außer Sonnabends nach **Neu-Heringsdorf** und **Woltersdorfer Schleuse.** Abf.: Sonntags 8,15 vorm. u. 2,00 nachm. Wochtgs. nur 9,00 vorm. Außerdem: Jeden Dienstag, Mittwoch u. Donnerstag durch die herrlichen Havelseen über Potsdam nach **Ferch am Schwielowsee.** Abf.: 8,30 Marschallbr., Friedrichstr., 9,15 Charl., Tegl. Weg. Reederei Kieck, Falkensteinstr. 48. Mpl. 8197

Inserate im **Vorwärts** verbürgen **Erfolg!**

„Der Zuckerbäcker, Bonbon- u. Schokolad.-Fabrikant", Wochenschrift, jährl. 48 M. Gustav Sommer, Bernburg — 75.

Gerlies Privat-Zuschneideschule, Schloßplatz. Berufskurse, Damenschneiderei, Wäscheschneiderei, Hausschneiderei, Umarbeitungskurse.

Spezial-Arzt Dr. Seott. I. alle Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, Syphilis-, Salvarsankuren, Blutuntersuchung, Fäden i. Urin, Mannesschwäche, im ältesten Kur-Institut „Löser" nur Rosenthaler Str. 69-70. Dir.: A. Löser sen. 9-1, 4-8, Sonnt. 10-1. Damen separat.

Garderobe
auf bequemste Teilzahlung

HERREN-	DAMEN-
Anzüge, Hosen, Sport-Paletots.	Paletots, Kostüme, Röcke, Kleider.

Burschen-Anzüge
Gute Ware — Solide Preise — Große Auswahl
M. Beiser, Lothringer Str. 87

Möbel-Angebot.
Solide Möbelfirma liefert **Spezial-Ein- u. Zweizimmer-Einrichtungen sowie Einzelmöbel** gegen **Zinsvergütung** bei **mäßiger Anzahlung** und **geringen monatlichen Ratenzahlungen.** Off. **Postlagerkarte 142, Postamt O 27. Keine Kassierer. Größte Kulanz.**

Preuß. Staats-Lotterie

Prämien:	Hauptgew.:
2×750 000	4×500 000
2×250 000	4×300 000

Ziehung 1. Klasse 12. u. 13. Juli 1921

Lospreise	1/8	1/4	1/2	1/1
	10	20	40	80 Mark

Postgebühr 60 Pf., amtliche Liste 1.—5. Klasse 5 Mark.
Hahn Staatl. Lotterie-Einnehmer **Berlin S. 14** Prinzenstr. 79 a. Moritzplatz
Postscheck Berlin 31131

DRESDNER BANK

Bilanz per 31. Dezember 1920

Aktiva

	M.	Pf.	M.	Pf.
Kasse, fremde Geldsorten, Zinsscheine und Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken			665 017 849	60
Wechsel u. unverzinsliche Schatzanweisungen			6 767 932 223	95
a) Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen der Reichs und der Bundesstaaten	6 767 932 223	95		
b) eigene Akzepte	—	—		
c) eigene Ziehungen	—	—		
d) Solawechsel d. Kunden an d. Order der Bank	—	—		
Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen			894 573 333	85
Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere			235 061 336	95
Vorschüsse auf Waren u. Warenverschiffungen davon am Bilanztage gedeckt			456 789 660	05
a) durch Waren Fracht- oder Lagerscheine	288 389 634	10		
b) durch andere Sicherheiten	93 227 351	55		
Verzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten			53 789 417	65
			9 073 161 881	95
Eigene Wertpapiere			121 205 391	60
a) Anleihen des Reichs und der Bundesstaaten	11 918 267	05		
b) sonstige bei der Reichsbank und anderen Zentralnotenbanken beleihb. Wertpapiere	9 450 343	20		
c) sonstige börsengängige Wertpapiere	93 500 785	10		
d) sonstige Wertpapiere	6 335 996	25		
Konsortialbeteiligungen			71 577 149	30
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen			77 211 035	88
Schuldner in laufender Rechnung			2 741 231 530	70
a) gedeckte	1 671 739 030	60		
b) ungedeckte	1 069 492 500	10		
außerdem Aval- und Bürgschaftsschuldner M. 1 847 187 090.—				
hierunter Avalforderungen an Reich und Reichsbank M. 257 721 450.—				
Bankgebäude			61 585 415	05
Sonstige Immobilien			4 192 324	95
Mobilien-Konto			11 140 475	35
Pensions-Fonds-Effekten-Konto			9 220 473	25
Effekten-Konto der König-Friedrich-August-Stiftung			98 204	—
Effekten-Konto der Georg-Arnstaedt-Stiftung			122 250	—
Saldo der Zentrale und auswärtigen Abteilungen mit unserer Niederlassung in London			20 030 784	60
			12 190 775 918	70

Passiva

	M.	Pf.	M.	Pf.
Aktien-Kapital-Konto			260 000 000	—
Rücklage A			51 000 000	—
Rücklage B			29 000 000	—
Talonsteuer-Rücklage-Konto			1 444 336	—
Gläubiger			11 582 010 332	95
a) Nostroverpflichtungen	22 674 190	30		
b) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite einschließlich der für Reich und Reichsbank übernommenen	140 702 666	70		
c) Guthaben deutscher Banken und Bankfirmen	640 044 966	—		
d) Einlagen auf provisionsfreier Rechnung				
1. innerhalb 7 Tagen fällig	1 467 041 095	75		
2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig	542 737 322	25		
3. nach 3 Monaten fällig	431 343 648	60		
e) sonstige Gläubiger				
1. innerhalb 7 Tagen fällig	6 973 031 349	15		
2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig	971 747 215	30		
3. nach 3 Monaten fällig	392 687 899	90		
Akzepte			186 928 290	65
Außerdem Aval- und Bürgschaftsverpflichtungen (einschl. der für Reich und Reichsbank übernommenen) . . M. 1 847 187 090,—				
Eigene Ziehungen —				
davon für Rechnung Dritter . . . —				
Weiterbegebene Solawechsel der Kunden an die Order der Bank —				
Dividenden-Konto			1 292 988	—
Pensions-Fonds-Konto			9 747 841	05
König-Friedrich-August-Stiftung			107 294	85
Georg Arnstaedt-Stiftung			153 362	35
Eugen-Gutmann-Fonds			2 065 377	10
Uebergangsposten der Zentrale und Filialen untereinander			790 780	75
Reingewinn			144 226 126	—
			12 190 775 918	70

Gewinn- und Verlust-Konto per 31. Dezember 1920

Verlust

	M.	Pf.
Handlungs-Unkosten-Konto	238 431 103	95
Steuern	40 837 861	40
Reingewinn	144 226 126	—
	423 495 091	35

Gewinn

	M.	Pf.
Vortrag von 1919	1 738 108	10
Sorten- und Zinsschein-Konto	11 662 915	70
Wechsel- und Zinsen-Konto	230 199 186	55
Provisions-Konto	175 124 019	70
Effekten- und Konsortial-Konto	—	—
Erträgnisse aus dauernden Beteiligungen bei anderen Banken	3 627 486	70
Tresormieten	943 374	60
	423 495 091	35

Dresden, den 31. Dezember 1920.

DRESDNER BANK
Nathan Jüdell Herbert M. Gutmann Hrdina Kleemann Ritscher Frisch

Für die Reise

Solider Damen-Halbschuh mit echter Lackkappe **95⁰⁰**

Eleganter Damen-Halbschuh, echte Lackkappe, gute Verarbeitung.... **108⁰⁰**

Billige, aber gute Knaben- und Mädchenstiefel, in den Grössen 25—39 ....von **68⁰⁰** an

Ausnahme-Angebot
VornehmeHerren-Gesellschaftsstiefel, echt Chevreauhorse, **Original-Rahmenarbeit,** mit und ohne Lackkappe..... **178⁰⁰**

Weiss-Leinen
Elegante Spangen- und Halbschuhe. Beste Verarbeitung. Grosse Auswahl. Spottbillig.

Schuhfabriken **Conrad Tack & Cie A.G. Burg b. Magdeb**

Wir fabrizieren selbst!

SW, Friedrichstr. 240/41
W, Potsdamer Strasse 50
W, Schillstrasse 16
NW, Beusselstrasse 29
NW, Turmstrasse 41
NW, Wilsnacker Str. 22
N, Brunnenstrasse 37
N, Danziger Strasse 1
N, Friedrichstrasse 130
N, Müllerstrasse 3
O, Andreasstrasse 50
O, Frankfurter Allee 22
SO, Oranienstrasse 2a
SO, Wrangelstrasse 49
C, Spittelmarkt 15
C, RosenthalerStrasse 14
Neukölln, Bergstr. 30/31
Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 122/23 / Potsdam, Brandenburger Strasse 54

DEUTSCHE BANK

Abschluß am 31. Dezember 1920

Besitz		
Bargeld, Sorten, Zinsscheine und Guthaben bei Abrechnungsbanken		1 153 373 311 01
Guthaben bei Banken und Bankfirmen		1 165 081 410 04
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen		16 025 821 696 77
Verzinsliche Deutsche Schatzanweisungen		65 285 240 51
Report- und Lombard-Vorschüsse gegen börsengängige Wertpapiere		217 350 380 38
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen (davon am Abschlußtage durch Waren, Verschiffungs-Papiere usw. gedeckt 466 Millionen)		535 705 383 82
Eigene Wertpapiere Gesamtbestand M. 69 358 367.46		
Anleihen des Reichs und der Bundesstaaten		6 747 730 17
		19 239 365 362 12
sonstige bei der Reichsbank beleihbare Wertpapiere	18 117 183 01	
sonstige börsengängige Wertpapiere	38 512 628 43	
nicht notierte Wertpapiere	9 207 825 85	62 837 637 29
Beteiligung an Gemeinschafts-Unternehmungen		38 382 685 61
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Firmen		76 717 012 80
Schuldner in laufender Rechnung gedeckte	2 000 201 516 65	
ungedeckte	1 285 777 990 96	3 285 979 507 61
(außerdem: Schuldner aus geleisteten Bürgschaften 1154 Millionen)		
Forderungen an das Reich und die Reichsbank aus für Rechnung derselben übernommenen Verbindlichkeiten		178 284 410 38
Bankgebäude		47 640 000 —
Sonstiger Grundbesitz		1 —
Verschiedenes		1 —
Mark		22 929 176 617 73

Verbindlichkeiten			
Grundvermögen			400 000 000 —
Rücklagen gesetzlich vorgeschriebene	312 471 323 43		
freie	65 614 329 70		378 085 653 13
			778 085 653 13
Gläubiger in laufender Rechnung			
Verpflichtungen für eigene Rechnung seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite	3 207 384 94		
	1 720 735 38		
Guthaben deutscher Banken und Bankfirmen	620 467 188 61		
Einlagen auf gebührenfreier Rechnung innerhalb 7 Tagen fällig M. 8 340 839 102.52			
darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig „ 2 914 851 609.78			
nach 3 Monaten fällig „ 1 747 534 293.60	12 998 225 005 90		
sonstige Gläubiger innerhalb 7 Tagen fällig M. 7 398 588 774.51			
darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig „ 111 488 345.98			
nach 3 Monaten fällig „ 448 306 844.86	7 958 383 965 35		21 580 004 280 15
Akzepte (außerdem: geleistete Bürgschaften 1154 Millionen)			154 071 251 22
Für Rechnung des Reichs und der Reichsbank übernommene Verbindlichkeiten			178 284 410 38
Sonstige Verbindlichkeiten			
Unerhobene Dividende	2 543 067 —		
Dr. Georg v. Siemens-Fonds	8 958 041 65		
Jubiläums-Fonds	3 000 000 —		
Rückstellung für Zinsbogensteuer	3 950 000 —		
Uebergangsposten der eigenen Stellen unter einander	35 211 291 83		53 662 400 48
Zur Verteilung verbleibender Ueberschuß			185 068 622 45
Mark			22 929 176 617 73

Gewinn- und Verlust-Rechnung

Ausgaben		
Aus Anlaß der Fusion und Kapital-Erhöhung entstandene Kosten	22 600 000 —	
Handlungsunkosten	412 529 596 40	
Steuern und Abgaben einschl. Zinsbogensteuer	67 357 966 70	
Wohlfahrtseinrichtungen für die Beamten (Klub, Kantinen, Erholungsheim und dergl.) und Beiträge der Bank zum Beamtenfürsorge-Verein	15 007 702 55	517 495 266 05
Abschreibungen auf Einrichtung	12 716 449 50	
„ Bankgebäude	9 036 824 53	21 753 274 03
Zur Verteilung verbleibender Ueberschuß: Gewinn aus 1920	173 742 241 55	
Vortrag aus 1919	11 326 380 90	185 068 622 45
Mark		724 317 162 53

Einnahmen		
Vortrag aus 1919		11 326 380 90
Gewinn auf Zinsen und Wechsel	443 772 764 40	
„ Gebühren	198 186 505 42	
Sonstige Gewinne (aus Wertpapieren, Gemeinschaft-Geschäften, Dauernden Beteiligungen, Sorten u. dergl.)	71 031 511 81	712 990 781 63
Mark		724 317 162 53

Der Haftbefehl gegen den früheren Polizeipräsidenten Emil Eichhorn vom 17. Januar 1919 wird aufgehoben.
Berlin, den 28. Juni 1921.
Landgericht I, Untersuchungsrichter. 383D

Preuß.-Südd. Klassen-Lotterie

Fast jedes zweite Los gewinnt
Höchstgewinn im günstigsten Falle

1½ Million M.

¼ Los 10 M., ¼ Los 20 M., ½ Los 40 M., ⅟₁ Los 80 M. (Lose noch vorrätig).
Verlangen Sie den amtl. Gewinnplan gratis.
Baruth, Staatlicher Lotterie-Einnehmer, Berlin W 8, Friedrichst. 64 zwischen Kronen- u. Mohrenstr.
Verkaufsniederlage meiner Lose in den Zig.-Geschäften Paul May, Leipziger Str. 86 (gegenüber Tietz), Leipziger Str. 131 (zwischen Wertheim).
Postscheck-Kt. Berlin 162946 — Fernspr. Zentrum 9698

Aktiengesellschaft vorm. **Seidel & Naumann** Dresden
Vertreter: Emil Halbarth
BERLIN W 8, Friedrichstraße 55a
TELEPHON: Zentrum 10440

Allgem. Ortskrankenkasse für Berlin-Steglitz.

Bekanntmachung

Die durch die Neufestsetzung des Ortslohnes sich ergebenden, und durch Bekanntmachung vom 28. Februar 1921 veröffentlichten Beitragssätze für unständig Beschäftigte sind im VII. Nachtrag zur Satzung am 18. Juni 1921 von dem Oberversicherungsamt Berlin unter B. K. II 206/21 genehmigt worden. Geändert werden die §§ 70 und 96 der Satzung. 7/1
Berlin-Steglitz, 30. Juni 1921.
Der Vorstand:
Liehr, Vorsitzender. Heinr. Pflanz, Schriftführer.

Möbel

zu bedeutend herabgesetzten Preisen
auf Teilzahlung
Kleinste An- u. Abzahlung
Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Str. 58
3 Min. vom Alexanderplatz.
Filiale: Badstr. 47-48.
3 Min. v. Bhf. Gesundbr.

Kugellager,

jeden Posten, kauft höchstzahlend Brandt, Schlesische Str. 12. Moritzpl. 1484. 45/9*

Preuß. Lose

1. Klasse
⅛	¼	½	⅟₁
10,—	20,—	40,—	80,—

Ziehung 12. u. 13. Juli
Dase Lotterie-einnehmer
BERLIN SW.,
Alte Jakob-Straße 16 *

Saison-Ausverkauf

Ein Post. **Kostüm-Stoffe** 130 cm breit
Serie I 13⁵⁰ — Serie II 22⁵⁰ — Serie III 33⁰⁰ — Serie IV 59⁰⁰

- **Baumwoll-Musseline** 80 cm breit ... 8⁹⁰
- **Zephir** für Blusen und Kleider ... 9⁷⁵
- **Batist** dunkelgrundig bestickt ... 9⁷⁵
- **Organdi** großes Mustersortiment ... 10²⁰
- **Dirndlstoff** in schönen neuen Dessins ... 12⁵⁰
- **Herrenbeinkleider** Baumwolle, gut im Tragen ... 12⁵⁰
- **Herrenbeinkleider** makkoartig ... 19⁰⁰
- **Herrenhemden** makkoartig ... 25⁰⁰
- **Einsatzhemden** makkoartig ... 29⁰⁰
- **Herren-Normalhemden** wollgemischt ... 28⁵⁰
- **Damenhemden** Hemdentuch mit Langettenbesatz 16⁷⁵
- **Damenbeinkleider** Kniefasson ... 18⁷⁵
- **Damen-Nachthemden** reich bestickt ... 43⁵⁰
- **Prinzeßrock** mit breitem Stickerei-Volant ... 58⁷⁵
- **Untertaillen** Ia Wäschetuch, Stickereigarnitur ... 9⁷⁵

ca. **5000 Koupons Stickereien und Spitzen** in Spachtel, Klöppel, Filet, Zwirn, Tüll, Goldgespinst usw., zum Aussuchen ... Meter von **10 Pf. an**

- **Blusenstreifen** große Musterauswahl ... 16⁰⁰
- **Batist** weiß bestickt ... 12⁷⁵
- **Opal** hell gemustert, doppeltbreit ... 19⁵⁰
- **Schotten** doppeltbreit, schwere Qualität, großes Farbensortiment ... 19²⁵
- **Korsett** schwerer Cremestoff mit breiter Schließe ... 23⁷⁵
- **Damenschürzen** Wiener Form ... 14⁷⁵
- **Badeanzug** 85 cm lang, schwarz, Trikot ... 19⁵⁰
- **Damenschlüpfer** feine Baumwolle, alle Größen ... 13⁹⁵
- **Damenstrümpfe** feine Baumwolle, sehr haltbar ... 4⁷⁵
- **Damenstrümpfe** klares Gewebe, mit Seidengriff ... 14⁸⁵
- **Damenstrümpfe** Ia Seidenflor, ganz durchsichtig 21⁷⁵
- **Kinderstrümpfe** für 12 bis 14 Jahr, schwarz und leder, sehr haltbar ... 7⁵⁰

Ein Posten **Jackenkleider** Serie I 49⁰⁰, II 78⁰⁰, III 110⁰⁰
Ein Posten **Kostüm-Röcke** Serie I 29⁰⁰, II 37⁰⁰
Ein Posten **Blusen** ... Serie I 12⁵⁰, II 29⁵⁰
Ein Posten **Herren-Oberhemden** .. 74⁵⁰
Damenkragen moderne Formen 5⁵⁰
Herrenkragen weiß und bunt ... 3⁹⁵
Herrenstiefel Ia Boxcalf Lederbrandsohle und Kappe 109⁷⁵
Damen-Hochschaft-Stiefel, mit Lackbesatz .. 145⁰⁰

Hemdentuch feinfädig, 80 cm breit, kräftige Qualität ... 7⁹⁰

Wilh. Herm. Lesser Berlin-Schöneberg

Kolonnenstr. 10/11, Ecke Sedanstr.

Wäschetuch starkfädig, 80 cm breit für Bett- und Leibwäsche 9⁰⁰

Jedes Wort 1 M. Das fettgedruckte Wort 1,50 M. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort (fettgedruckt) 1 M., jedes weitere Wort 60 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen doppelt

Kleine Anzeigen

Anzeigen für die nächste Nummer müssen **bis 5 Uhr nachmittags** in der Haupt-Expedition des Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstrasse 3 abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends

Verkäufe

Leihhaus Schöneberg, Gebauerstraße 1, gegenüber Bahnhof, beleiht höchstzahlend alles. Stets Verkauf von Wertsachen. Stephan Mill. Richard Eichelmann. 101K*

Stammeserzeugnis! Kreuzfüchse 85, Rotfüchse 75 M. an, Muskatfüchse, Zobelfüchse sowie alle anderen Pelzarten, Pelzmäntel, alles zu bedeutend herabgesetzten, spottbilligen Sommerpreisen. Keine Lombardwaren! Leihhaus! Warschauerstraße 7. 172K*

Leiterwagen, Kastenwagen, Karren liefert billig. Großes Lager. Wagner, Cöpenicker Straße 71. 131K*

Warum 1000 Mark für einen Anzug? Bei Burger, Reichenbergerstr. 150, vorn II, kaufen Sie feinste Anzüge, Maß verarbeitet, zu bedeutend billigeren Preisen. Große Auswahl in Cutaways, Gehrockanzügen, Covercoats, Marengopaletots, Gummimänteln, Jünglingsbekleidung, schwarze, gestreifte Hosen. Fahrverbindung Kottbuser Tor, links um die Ecke. 2077b*

Handhakenwagen, Sandkastenwagen, Skalitzerstraße 18.

Monatsanzüge 300 an. Paletots, Hosen staunend billige Preise. Maß. Germannstraße 26, früher Milchstraße. 66/11*

Kreuzfüchse 85,—, Sämtliche Pelzarten Hälfte herabgesetzte Sommerpreise. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthalertor, Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße. 187K*

Anzüge, 250,—, Covercoat 675,—, Gummimäntel 275,—, Hosen 45,— Friedensstoffe. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthalertor, Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße.

Leihhaus Friedrichstraße 2 (Hallesches Tor) verkauft spottbillig Herrengarderobe. Keine Lombardware. 143K*

Möbel

Chaiselongue 160,—, Chaiselonguebecks 75,— Metallbetten 160,—, Kinderbettstellen. Weiße, Augustst. 22a, Quergebäude. 16K

Kleinste Anzahlung und kleine Abzahlung genügt, um sich eine komplette Wohnungseinrichtung zu beschaffen. Große Auswahl auch einzelner Möbel. Möbel-Groß, Große Frankfurterstraße 141, Invalidenstraße 5, Kontumert (baulich), Siedlung Süd, Haus 1. 168K*

Kombüsfenn 925 bis 1200,—, Chaiselongues 200 bis 675,—, Auflagematratzen, Patentmatratzen 110,—. Walter, Stargarderstraße achtzehn.

Möbel-Cohn, Große Frankfurterstraße 58, im Norden: Badstraße 47/48, liefert gegen Bar- und Teilzahlung bei kleinster An- und Abzahlung ganze Wohnungseinrichtungen, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, farbige Küchen, einzelne Möbel in bester Ausführung. Gekaufte Möbel können kostenlos lagern. Liefere auch nach auswärts. 134K*

Englische Bettstellen, geschnitzte Kleiderschränke, Spiegelvertikos billig, Kücheneinrichtungen 480,—, Speisezimmer 2900,—, Schlafzimmer 2750,—, Sofas 400,—, Herrenzimmer 2300,—. Möbelhaus Kamerling, Kastanienallee 56, Ecke Weinbergsweg. 2592b

Musikinstrumente

Pianos, großes Lager neuer und gebrauchter Instrumente. Scherer, Chausseestraße 108.

Rabenstein, Pianos, Gelegenheiten, Stimmungen, Münzstraße 10. 186K

Billige Pianos, klaviertechnische Werkstatt, Möckernstraße 65, nur Gelegenheitskäufe. *

Kaufgesuche

Kobrall, Goldschmied, kauft zu günstigen Preisen: Platin-, Gold-, Silberbruch, unmodernen Schmuck, Zahngebisse, Brennstifte. Eigene Verwertung. Goldwarenfabrik. Brunnenstraße 168.

Fahrradankauf. Linienstraße 19. 149K*

Silberschmelze Christionat Köpenickerstr. 20a (gegenüber Manteuffelstraße) kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, Glühstrumpfasche, Quecksilber, sämtliche Metalle. 142K

Schallplatten, Walzen, alte kauft Metallkontor W. Jahn, Alte Jakobstraße 133 (Hallesches Tor). *

Photoapparate, Prismengläser kauft Haller, Neue Königstraße 19e. 60/15*

Spiralbohrer, Holzschrauben kauft Morgenstern, Lichtenberg, Weichselstraße 18.

Unterricht

Heinrich Maurers Privat-Zuschneideschule, Alexanderplatz (Eingang Königsgraben). Tages-, Abendkurse, Herren-, Damenschneiderei, Wäsche, Putzkurse, Schnittzeichnen, Zuschneiden, Nähkurse. Schnittmuster. Fernsprecher: Königstadt 300.

Stenographie, Schreibmaschine 40,—, landwirtschaftl. Buchführung 50,—. Halles Lehranstalt, Potsdamerstr. 116a.

Rudolf Maurer's Privat-Zuschneideschule (Carré-System), Inhaber Alfred Maurer, Friedrichstraße 61, gegründet 1871. Herren- und Damen-Schneiderei, Wäsche, Modenkunstverlag. *

Verschiedenes

Mädchenlinnenheim, Reinickendorfer Straße 58, nimmt Frauen und Mädchen zu mäßigen Preisen auf. Einzelzimmer. *

Vertrauensvolle Auskunft Arzt zur Stelle. Hebamme Ooth, Neue Königstr. 57 (Alexanderplatz). 102K

Erfinder, Patentbureau Bachler, Gertraudtenstraße 18. Zentrum 7860. 73K*

Aufpolstern, Sofabezüge spottbilligst Pappelallee 12.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Gesucht für sofort unverheirateter tüchtiger Sattler, geübt in Täschnerarbeiten, auch mit Kost und Logis. Kiehn, Sattler- und Tapeziermeister, Pasewalk. †26

Alleinstehende Frau Zimmer zu vergeben gegen leichte wirtschaftliche Arbeiten. Frauen- und kinderloser kleiner Haushalt. Offerten K., Zeitungs-Zentrale, Wattstr. 9.

AEG sucht zum sofortigen Eintritt
2 tüchtige Vorarbeiter für die Fräserei
welche gelernte Werkzeugmacher sind. Bewerber müssen schon mehrere Jahre in Lokomotivfabriken als solche tätig gewesen sein und Zeugnisse in dieser Hinsicht aufweisen können. 33SD*
Persönliche Vorstellungen in unserer Arbeiterannahme, Tor I, von 7—9 Uhr vorm.
AEG Lokomotivfabrik, Hennigsdorf 338D

Per sofort gesucht:
Putzzuarbeiterinnen
Meldungen in unserer Personalverwaltung III. Stock
Kaufhaus des Westens G. m. b. H.
Berlin W 50, Tauentzienstr. 21/24

Zuschneider
erste Kraft für Herren- und Knabenkonfektion, bei hohem Gehalt per bald sucht J. Lesser, Landsberger Straße 21.

Richtmeister für Eisenkonstruktionen
erfahren und an selbständiges Arbeiten gewöhnt, für Abbruch von eisernen Fabrikhallen in Ostpreußen zu sofortigem Antritt gesucht. Angebote mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen unter „P. U. 9472" an „Invalidendank", Berlin W. 9. 121/1

Schluß der Sanktionsdebatte.

Im Reichstag wurden am Freitag zunächst Anfragen erledigt.

Abg. Meier-Zwickau (Soz.) fragt, ob infolge der Verteuerung aller Lebensverhältnisse eine neuerliche Heraufsetzung der Lohnpfändungsgrenzen in Aussicht genommen sei. — Antwort: Die Regierung prüft die Frage erneut, da man nicht bis zur allgemeinen Reform des Zwangsvollstreckungsrechts warten könne.

Dem Abg. Pleitner (Komm.) wird mitgeteilt, daß die Vorzensur über den Stuttgarter „Kommunist" aufgehoben und zugleich der „Kommunist" und seine Kopfblätter auf kurze Zeit verboten worden seien, jetzt aber wieder erscheinen dürfen. Die Vorzensur habe nicht gegen die Verfassung verstoßen. Wegen der Aufhebung des Verbots kommunistischer Blätter in München, Augsburg und Königsberg hat sich die Reichsregierung mit den Bundesregierungen in Verbindung gesetzt.

Abg. Frau Schröder (Soz.) fragt an, was die Reichsregierung bisher getan habe, um der Verfassungsbestimmung: „Die Ehe beruht auf der

Gleichberechtigung der beiden Geschlechter",

sowie dem Artikel 121 der Verfassung: „Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen, wie den ehelichen Kindern" im BGB. Geltung zu verschaffen. Ferner wird gefragt, was zur Neuordnung des Ehescheidungsrechts geschehen sei. — Die Regierung erwidert, daß im Entwurf eines Jugendwohlfahrtsgesetzes zahlreiche Vorschriften zugunsten der unehelichen Kinder enthalten sind. Es ist mit sachverständigen Organisationen und Persönlichkeiten über die juristische Besserstellung der unehelichen Kinder verhandelt worden. Den Landesregierungen sind Grundzüge einer gesetzlichen Neuregelung dieses Rechtsgebiets zur Stellungnahme zugegangen. Der Gesetzentwurf wird zurzeit im Reichsfinanzministerium bearbeitet. Die bestehenden gesetzlichen Vorschriften über die Ehescheidung werden geprüft, um sie zwecks Beseitigung der hervorgetretenen Mißstände zu ändern.

Auf eine Beschwerde der Frau Pfülf (Soz.) über völkerverhetzende Filme der Gesellschaft für Kulturforschung wird erwidert, daß die Filmprüfstellen selbständig über die Zulassung entscheiden. Die erwähnten Filme wollen rein sachliche Aufklärung bewirken.

Der Gesetzentwurf, wonach Postpakete von und nach dem besetzten Gebiet kontrolliert werden können, wird dem Postgebührenausschuß überwiesen, nachdem Abg. Dr. Geyer (Komm.) Bedenken vorgebracht hat: Das Gesetz führe zu einer unerhörten Postschnüffelei. Schon jetzt werde die KPD.-Korrespondenz mit dem Auslande überwacht, ihre Flugblätter beschlagnahmt, kürzlich erst 4 Zentner Flugblätter in Dortmund. — Die Verordnung über Sammelheizungs- und Warmwasserversorgungsanlagen in Mietsräumen wird bis zum 31. März 1922 verlängert.

Das Gesetz über den Staatsgerichtshof wird mit Zweidrittelmehrheit gegen Unabhängige und Kommunisten angenommen.

Darauf wird die Aussprache über die Interpellation, betreffend

die Sanktionen

fortgesetzt.

Nach den Abgg. Dr. Bell (Z.) und Reichert (Dnat.) spricht

Abg. Dr. Breitscheidt (U. Soz.): Auch wir kennen und beklagen aufs tiefste die Schäden, die dem besetzten Gebiet durch die rechtswidrigen Maßnahmen der Entente erwachsen. Wir verurteilen die Schikanen, durch welche die

Beziehungen der Völker vergiftet

werden müssen. Wir stehen daher nicht beiseite, wenn die Aufhebung der Sanktionen mit aller Dringlichkeit gefordert wird. Die Zollinie zerreißt unsere lebendige Wirtschaftsordnung, und durch das offene Loch im Westen strömt eine Menge überflüssiger Luxuswaren herein. Der Patriotismus der ehemaligen Vaterlandsparteiler reicht nicht aus, um unser Wirtschaftsleben gegen die Ueberschwemmung mit diesen Waren aus dem Geschäftsinteresse deutscher Händler zu schützen. Alle Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung der Sanktionen sind hinfällig, denn auch nach unserer Auffassung hat die Reichsregierung vollgültige Beweise des guten Willens zur Erfüllung des Ultimatums gegeben. Nicht die deutsche, sondern die

französische Regierung entzieht sich ihren Verpflichtungen.

Auf der Rechten wird die Politik der Franzosen auf das schwerste verurteilt, sie finden aber kein Wort der Verurteilung für die Politik der eminenten bayerischen „Patrioten", die innerhalb des Reichs neue Grenzen ziehen. Eine Regierung aus den Reihen der Zapf und Reichert würde erreichen, daß die Sanktionen sich auch auf das Ruhrgebiet erstrecken und für alle Zeiten bestehen würden. Der Redner der Deutschen Volkspartei drohte der Regierung, wenn sie nicht energische Maßnahmen zur Beseitigung der Sanktionen treffe, sogar mit gewaltsamem Sturz. Dieses Bekenntnis zur Berechtigung der Revolution ist bemerkenswert. Wir wollen die Regierung stützen, aber wir stellen ihr keine Blankovollmacht aus, sondern werden abwarten, was sie leistet. Die französische Politik ist, nach einem französischen Wort, schlimmer als ein Verbrechen, sie ist eine Dummheit! Sie nimmt Rücksicht auf das militärische Prestige einiger Generale auf der einen Seite, und auf der anderen Seite auf das Prestige hungriger Kapitalisten. Das schlimmste ist heute die

die Gefahr des internationalen Nationalismus

auf deutscher und französischer Seite. Die Fäden, die von dem französischen zu dem deutschen Chauvinismus gesponnen werden, drohen der Strick zu werden, mit denen die Lebensinteressen des deutschen Volkes erwürgt werden. Die Rechte soll sich klar werden, daß sie durch ihre Anspielungen auf eine Gewaltpolitik nur lächerlich wirken kann, denn die Flinten, die Deutschland noch zur Verfügung hat, können nach außen kein ernstes Wort mehr sprechen, sie reichen gerade nur noch dazu aus, Arbeiter niederzuknallen, wenn sie berechtigte Forderungen erheben. (Beifall links.)

Abg. Koch (Dem.) findet innerpolitische Auseinandersetzungen hierbei zwecklos und protestiert dann gleichfalls gegen die Faustschlagpolitik der Entente, die auch den Kapp-Putsch gefördert hat. (Beifall.)

Abg. Höllein (Komm.): Wir haben keinen Anlaß, den nationalistischen Rummel, der hier aufgeführt wird, mitzumachen. Im Kriege haben die Militaristen genau dasselbe getan, was heute die Bourgeois als großes Unrecht an den Pranger stellen.

Abg. Dr. Deermann (Bayer. Vp.): In der Pfalz verschärfen sich die Gegensätze durch die Brutalitäten der Franzosen von Tag zu Tag. Kommt es wirklich zur

Errichtung einer pfälzischen Republik,

wie die Franzosen erstreben, so bricht im Westen ein Sturm der Entrüstung los.

Mit einer Rede des Abg. Dr. Most (D. Vp.) schließt die Besprechung.

Eingegangen ist eine unabhängige Interpellation über die Zustände im Charlottenburger Schloßkasarett.

Sonnabend 11 Uhr: Kleine Vorlagen, Interpellation über das Grubenunglück, Nachtragsetats.

Schluß ¾8 Uhr.

•

Sanktionspraxis.

Oberhausen, 1. Juli. (TU.) Der Polizeiassistent Felgenträger geriet mit belgischen Soldaten in Streit. Die Soldaten schafften ihn nach Meiderich. Als er seiner Festnahme Widerstand entgegensetzte, schossen die Belgier ihn nieder und brachten ihm mehrere Bajonettstiche bei.

Die erschossenen Kriegsgefangenen.

Nach dem Aufruf der für heute geladenen Zeugen erbietet sich der Verteidiger des Angeklagten Crusius, Rechtsanwalt Dr. Fitzau, eventuell als Zeuge zu bekunden, daß er dem Angeklagten, der ihn von Anfang an mit seiner Vertretung beauftragt habe, seinerzeit geraten habe, sich in der Voruntersuchung nur über die Vorgänge am 26. August 1914 verantwortlich zu äußern, da die französische Auslieferungsliste anscheinend nur die Vorgänge dieses Tages im Auge habe.

In der weiteren Zeugenvernehmung bekundet der Kaufmann Albert Metzmacher aus Freiburg i. Br., daß er seinerzeit als Unteroffizier der Kompagnie des Angeklagten Crusius angehört habe. Der Zeuge hat nach Erscheinen der Auslieferungsliste Major Crusius auf dessen Wunsch mitgeteilt, daß er am 21. August gehört habe, daß Stenger den fraglichen Befehl erteilte. Er, Zeuge, habe gehört, daß Gefangene bzw. Verwundete erschossen werden sollten, wenn dies auch nicht in Befehlsform gesagt worden sei. Heute kann der Zeuge keine bestimmte Angaben darüber machen.

Der Präsident hält dem Zeugen Widerspruch vor. Ueber die Vorgänge am 26 August äußert sich der Zeuge unter anderem dahin, daß ein Mann der 2 Kompagnie einen verwundeten Franzosen, der um sein Leben bat, aus einer Entfernung von einem Meter erschossen habe. Der Feldwebel habe diesen Mann zur Rede gestellt und ihm Erschießung angedroht.

Der Oberreichsanwalt macht hierauf die Mitteilung, daß er soeben ein Telegramm erhalten habe, worin ein Hauptmann sich erbietet, zu bekunden, daß Crusius bereits

am 20. August seelisch zusammengebrochen

war. Die Ladung dieses Zeugen wird beschlossen.

Als Zeuge wird dann Oberleutnant Laule vom Reichswehrministerium aufgerufen, der selbst beschuldigt ist, einen französischen Hauptmann erschossen zu haben und sich deshalb demnächst vor dem Reichsgericht zu verantworten haben wird. Der Präsident macht den Zeugen darauf aufmerksam, daß er solche Aussagen verweigern könne, die ihn selbst belasten könnten.

Oberleutnant Laule, der die Schlacht bei Saarburg als Führer der 9. Kompagnie Inf.-Regts. 119 mitgemacht hat, hat erst im Oktober 1914 aus dem „Matin" von dem angeblichen Befehle des Generals Stenger Kenntnis erhalten. Zeuge schildert die Ereignisse an den französischen Augusttagen. Am Abend des 26. August habe er den Eindruck gehabt, daß Crusius absolut unzurechnungsfähig war. Grausamkeiten gegen Gefangene seien nicht vorgekommen. Aus Stengers Munde habe er nie gehört, daß Gefangene erschossen werden sollten. Der Hauptmann Schröder, der am 26. August den Befehl zur Erschießung Gefangener gegeben haben soll, sei an diesem Tage nicht mehr bei der Truppe gewesen.

Zeuge August Kiehe aus Konstanz gibt an, Crusius habe ihm am 21. August gesagt,

es solle alles zusammengeschossen werden.

Crusius habe einen anscheinend tot daliegenden Franzosen mit dem Fuße gestoßen, worauf dieser Lebenszeichen von sich gab. Sodann habe der Angeklagte ihm, dem Zeugen, mehrmals gesagt, er solle seinen Befehl ausführen. Zeuge habe aber darauf nicht reagiert, bis Major Müller ihm ausdrücklich befohlen habe, den Befehl auszuführen. Der Zeuge hat daraufhin einen Schuß auf den Franzosen, der nach seiner Meinung sich tot oder verwundet stellte, um der Gefangenschaft zu entgehen, abgegeben. Die Worte Stengers, man solle die auf den Bäumen sitzenden sitzenden Feinde wie Spatzen herunterschießen, hat Kiehe beim Vorbeimarsch gehört. Stenger habe auch gesagt, daß

kein Pardon gegeben

werden solle.

Bureauhilfsarbeiter Heinrich Schreiber aus Diepholz war Feldwebel. Er hat nicht gesehen, daß Ergebungen von feindlichen Soldaten zurückgewiesen wurden. Auch dieser Zeuge hat bemerkt, daß Crusius am 26. August geradezu geistesabwesend war.

Goldarbeiter Wilhelm Bürkle aus Dillstein war Spießmann in der Kompagnie des Angeklagten Crusius. Er sagt aus, Crusius habe am 26. August zwischen 2 und 3 Uhr nachmittags den Befehl gegeben, keine Gefangenen zu machen. Er habe dabei hinzugefügt, es seien deutschen Soldaten die Augen ausgestochen worden.

Goldarbeiter Theodor Frick-Pforzheim sagt aus, Crusius sei sehr aufgeregt gewesen, als er am 26. August den angeblichen Brigadebefehl bekannt gab. Der Zeuge hat den Befehl so verstanden,

daß jeder Gefangene umgebracht werden sollte.

Der Postgehilfe Augustin Lehmann aus Schiltach bei Offenburg hat gesehen, daß ein verwundeter Franzose, den er zuvor mit Kaffee gelabt hatte, später mit dem Gewehrkolben erschlagen wurde.

Installateur Oskar Maleck-Pforzheim hat gehört, daß der fragliche Befehl weitergegeben worden ist. Von Crusius selbst hat er ihn nicht gehört.

Major a. D. Johannes Maier-Gengenbach i. Baden war Führer der 3. Kompagnie Inf.-Regt. 142. Er hat von dem angeblichen Befehl Stengers nichts gehört.

Eisenbahnarbeiter Hans Albansröder-Laudenbach weiß von Erschießungen nichts.

Hauptmann Jahn-Cassel befand sich im August 1914 beim Stabe der Division, zu welcher die Brigade Stenger gehörte. Am 26. August habe er bei der Division gerüchtweise von dem angeblichen Befehl Stengers gehört, was großes Aufsehen hervorgerufen habe. Es sei sofort ein Offizier entsandt worden, der feststellte, daß ein derartiger Befehl nicht ergangen sei.

Major Freiherr v. Linstow-Berlin war Kompagnieführer im Inf.-Regt. 142. Er hat von dem Befehl nichts gehört. Am 26. August nachmittags sei vorn ein Schuß gefallen. Ihm sei dabei gesagt worden, daß es sich nicht um ein Gefecht handle, sondern daß ein Franzose erschossen würde. Der Zeuge war darüber entsetzt. Major Müller vom Inf.-Regt. 142 habe dann gesagt, daß die Erschießung eine Gegenmaßregel sei, weil Franzosen unseren Leuten die Augen ausgestochen hätten.

Magistratsassistent Heesch-Altona, der Kompagnieführer im Bataillon Müller war, erklärt: Am 26. August habe Major Müller das Bataillon zusammentreten lassen und gesagt, es sei Bataillonsbefehl, daß sämtliche Verwundete erschossen werden sollten.

Pardon werde nicht gegeben.

Dann wurde der Vormarsch angetreten. Bald darauf fielen einzelne Schüsse. Er selbst habe keinen Verwundeten erschossen, obwohl er über die Hinterlist der Franzosen sehr entrüstet gewesen sei. Der Zeuge ist dann verwundet worden und geriet in französische Gefangenschaft. Der Zeuge kam nach Clairmont-Ferrand, wo sich noch mehrere Gefangene der 58. Infanterie-Brigade befanden, die sämtlich erschossen werden sollten, und zwar wegen der angeblichen Unmenschlichkeiten auf deutscher Seite. Der Zeuge, der in einem besonderen Raume isoliert war, ist

mehrere Wochen hindurch nicht verbunden

worden. Schließlich sei er so heruntergekommen, daß er sich bereit erklärte, etwas zu gestehen, nur um aus dieser Hölle herauszukommen. Er hat eine kurze schriftliche Angabe gemacht und unterschrieben, worauf er wieder zu den übrigen deutschen Gefangenen zurückgebracht wurde.

Kaufmann August Becker aus Berlin-Wilmersdorf, der Feldwebel im Bataillon des Majors Müller war, bekundet, daß verwundete Franzosen hinterrücks die deutschen Soldaten beschossen hätten, und daß ein verwundeter Franzose, der dies getan habe, auf etwa 1½ Meter Entfernung erschossen worden sei.

Gegen 3¼ Uhr nachmittags wird dann die Weiterverhandlung auf Sonnabend vormittags 9 Uhr vertagt.

•

London, 1. Juli. (WTB.) „Daily Mail" meldet, daß nächste Woche, wahrscheinlich am Mittwoch, in Bowstreet Verhandlungen gegen die beiden deutschen U-Boot-Offiziere Oberleutnant Boldt und Dittmar wegen Versenkung des Hospitalschiffes „Landovery Castle" an der Küste von Irland am 27. Juni 1918 stattfinden werden. Die Anklage der britischen Regierung lautet auf Mord. Bei diesen Verhandlungen werden Zeugenaussagen von einem oder zwei Zeugen, die nicht in der Lage sind, sich zu dem Verfahren nach Leipzig zu begeben, entgegengenommen. Nach der Zeugenvernehmung werden die weiteren Verhandlungen in Leipzig stattfinden.

Ein französischer Gegenfall.

Paris, 1. Juli. (WTB.) In der „Humanité" erhebt der bekannte Schriftsteller Gouttenoire de Toury unter Bezugnahme auf die Verhandlungen vor dem Reichsgericht gegen General Stenger die Anklage gegen den Kommandanten der 13. Infanterie-Division, General Martin de Bouillon, am Vorabend des Angriffs vom 25. September 1915 im Artois sich des gleichen Vergehens schuldig gemacht zu haben, dessen General Stenger beschuldigt werde. Toury sagt, daß hinter der Lorettohöhe die Offiziere der 13. Division zusammenberufen worden seien und daß in einem Schulsaal der General den Befehl erteilt habe: Vous ne serez des prisonniers (Ihr sollt keine Gefangenen machen). Er habe eine Ausnahme nur für einige zugelassen, damit sein Dolmetscheroffizier sie verhören könne. Toury erklärt zur Entschuldigung, weshalb er nicht dagegen protestiert habe, er habe seine Entrüstung über den Fall seinem Obersten zum Ausdruck gebracht, der sie gebilligt habe.

Zusatz der Redaktion: Natürlich können solche Greueltaten auf feindlicher Seite ähnliches Handeln von Deutschen nicht entschuldigen. Wohl aber zeigen sie die Notwendigkeit, daß auf beiden Seiten die Kriegsverbrecher abgeurteilt werden müssen, wenn das Rechtsgefühl befriedigt werden soll.

•

Die Rechte des Staatsrates.

Am Freitag beriet der Preußische Staatsrat über seine Geschäftsordnung, die sich nach dem 68 Paragraphen enthaltenden Entwurf des Ausschusses vielfach an die Geschäftsordnung des Landtages anlehnt. Die eigentlichen Aufgaben des Staatsrats sollen durch besonderes Gesetz geregelt werden. § 30 regelt

das Einspruchsrecht

des Staatsrats. Nach Vorschlag des Ausschusses soll das Staatsministerium eine Aenderung des Artikels 42 der Verfassung in die Wege leiten, daß das Einspruchsrecht des Staatsrats wirksam ausgeübt werden kann. Die Verkündigung der vom Landtag beschlossenen Gesetze soll bei Einspruch des Staatsrats binnen einer bestimmten Frist ausgesetzt werden. Nach halbstündiger Vertagung, in der man mit dem Aeltestenrat des Landtags beraten hatte, beginnt eine neue (8.) Sitzung.

Hallensleben (Arbeitsgemeinschaft): Unserer Ansicht hat der Präsident alle Vorgänge im Landtag zu verfolgen. Wir beantragen „auf Verlangen von mindestens zwei Mitgliedern des Ausschusses oder zehn Mitgliedern des Staatsrats muß unverzüglich eine Vollsitzung berufen werden, um über den Einspruch zu befinden, dessen Begründung durch den Berichterstatter erfolgt".

Müller-Hannover (Soz.) spricht gegen die Vorschläge des Ausschusses und beantragt zunächst Streichung des Absatzes, wonach der Präsident innerhalb des gesetzlich festgestellten Haushalts die gesamte Verwaltung der wirtschaftlichen Angelegenheiten des Staatsrats hat. Bei dieser Finanznot könnten die erheblichen

Aufwendungen für den Staatsrat

viel besser zur Linderung der allgemeinen Nöte angewendet werden. Den § 19 beantragen wir so zu fassen, daß, wenn eine zweite Beratung beschlossen wird, diese frühestens am Tage nach Schluß der ersten beginnt. Die Rechte des Landtags dürfen nicht beseitigt werden durch Geschäftsordnungsbestimmungen des Staatsrats. (Beifall.)

Staatssekretär Freund:

Dieser Absatz des § 6 bedeutet eine Abgrenzung der Zuständigkeiten des Präsidenten des Staatsrats gegenüber dem Staatsministerium, die durch Gesetz geschehen muß.

La Grange (U. Soz.): Wir sind weder mit dem Vorschlag des Ausschusses, noch mit dem vorliegenden Antrag einverstanden. Wir werden aber trotzdem für die Geschäftsordnung im ganzen, und ebenso auch für die sozialdemokratischen Anträge stimmen.

Dr. Steiniger (Arbeitsgemeinschaft) bestreitet, daß man die Rechte des Staatsrats erweitern wolle.

Staatssekretär Freund: Solange nicht ein Gesetz etwas anderes bestimmt, werden die Minister des Innern und der Finanzen die Befugnisse hinsichtlich der Beamten des Staatsrats auszuüben haben.

Die sozialdemokratischen Anträge werden abgelehnt, die Geschäftsordnung mit den Anträgen der Arbeitsgemeinschaft angenommen, ebenso die Resolutionen.

Zur Aenderung des Kommunal-, Kreis- und Provinzialabgabengesetzes sagt

Eberle (Soz.): Eine grundlegende Aenderung halten auch wir für erforderlich. Es erscheint aber gut, den Gemeinden das zu bieten, was im Rahmen der Möglichkeit steht. Eine von der Arbeitsgemeinschaft eingebrachte Resolution auf Heranziehung der Reichseisenbahnen zur Gemeindesteuer wird angenommen. — Schluß ¼4 Uhr.

Die Wochenhilfe.

Der Reichstagsausschuß für Soziale Angelegenheiten beriet am Freitag den Gesetzentwurf über Wochenhilfe und Wochenfürsorge. Danach wird für weibliche Versicherte, die im letzten Jahre vor der Niederkunft mindestens 6 Monate hindurch auf Grund der Reichsversicherungsordnung oder bei einer knappschaftlichen Krankenkasse versichert gewesen sind, folgende Wochenhilfe festgesetzt: 1. ärztliche Behandlung, falls solche bei der Entbindung oder bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich wird, 2. einmaligen Beitrag zu den Kosten der Entbindung, 3. Wochengeld in Höhe des Krankengeldes, jedoch mindestens 3 M. täglich, durch 10 Wochen, von denen mindestens 6 in die Zeit nach der Niederkunft fallen müssen, einschließlich der Sonn- und Feiertage, 4. solange die Mütter stillen, Stillgeld in Höhe des halben Krankengeldes, jedoch mindestens 1,50 M. täglich, 12 Wochen nach der Niederkunft, einschließlich der Sonn- und Feiertage, sofern nicht Tatsachen beweisen, daß eine Beihilfe nicht benötigt wird, gilt eine Wöchnerin als minderbemittelt, wenn ihr und ihres Ehemannes Einkommen, oder sofern sie allein steht, ihr eigenes Einkommen in dem Jahre oder Steuerjahre vor der Entbindung den Betrag von 10 000 M. nicht überstiegen hat. (Diese Grenze ist viel zu niedrig. Red.)

Mont Cenis. Im preußischen Hauptausschuß berichtete am Donnerstag Bergrat Hatzfeld, es sei festgestellt, daß eine Zündkapsel nicht mehr vorhanden und daß in einem Nebenstollen kurz vor der Explosion mit Dynamit (statt mit Sicherheitssprengstoff) geschossen worden ist.

14. Generalversammlung der Maschinisten

Karlsruhe, 29. Juni 1921.

Am dritten Verhandlungstage setzte eine ausgedehnte und lebhafte Debatte über das Referat Berufsorganisation oder Industrieverband ein.

Müller-Berlin führte aus, daß die Frage Industrieverband oder Berufsorganisation nicht unter dem Gesichtspunkt behandelt werden könne, daß man mit dem Unternehmertum um Lohnerhöhungen feilsche. Notwendig sei, daß in den Industrieverbänden die Hand- und die Kopfarbeiterschaft zusammengefaßt werde. Im Interesse der Arbeitnehmerschaft sei es zweckdienlich, daß man

zu einer höheren Gewerkschaftsform

komme. Müller bittet, eine Entschließung anzunehmen, die den Zentralvorstand beauftragt, alle Fragen zu prüfen, die dazu angetan sind, die Schlagkraft der Arbeiterschaft zu heben. Hierzu erscheine notwendig die Schaffung von Industrieverbänden.

Einige Freunde der Industrieverbände weisen darauf hin, daß es schon aus volkswirtschaftlichem Interesse notwendig ist, sich umzustellen. Neben den bereits vorgeschlagenen 15 Industriegruppen müßte noch eine 16. Gruppe für die Energieerzeugung und -verteilung geschaffen werden. Einige Redner warnen vor der vom Referenten Schlichting vorgeschlagenen Verquickung von Berufs- und Industrieverband, da dieses die ganze Materie auf ein verkehrtes Gleis bringen würde. Allgemeine Einstimmigkeit herrschte in der

Ablehnung der Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverband.

Die Delegierten aus dem schlesischen Gebiet, aus der Lausitz und von der Donauwasserstraße und noch einige andere erklärten sich strikte für Beibehaltung der Berufsorganisation, da in ihr die Hauptmacht zur wirksamen Berufsvertretung liege. Nur in einer Berufsorganisation sei es möglich, die Interessen der Kollegenschaft richtig zu vertreten, sich dem Unternehmertum gegenüber durchzusetzen und zu behaupten.

Eine Arbeiterunion wurde von fast allen Rednern abgelehnt, weil diese die Arbeiterschaft zerreiße und so zu einem ohnmächtigen Gebilde werde.

Cohen, der Vertreter des ADGB., ist auch der Auffassung, daß das Problem der Gestaltung der Gewerkschaften einer gründlichen Erörterung bedarf. Der Gedanke der Schaffung von Einheitsorganisationen habe in den letzten 25 Jahren die verschiedenen Verbandstagungen und Gewerkschaftskongresse beschäftigt. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes habe es auch große Kämpfe gekostet, die einzelnen kleinen Lokalorganisationen und Branchengruppen zu Zentralverbänden zusammenzuschließen. In den Organisationen der Holzarbeiter, Bauarbeiter und Metallarbeiter seien die Ansätze für Industrieverbände schon vorhanden. Gegen den Gedanken eines Einheitsverbandes seien heute noch die meisten Verbände und die einzelnen Berufszweige. Um etwas Derartiges zu schaffen, sei es doch notwendig, daß sich dieser Gedanke erst mal in den Köpfen der Arbeiter durchsetze. Es könne möglich sein, daß diese Einheitsorganisation das Endziel werde. In den Industrieverbänden würde die Arbeitszeit gleichmäßig, Lohn- und Arbeitsbedingungen aber beruflich geregelt werden müssen. Höhere qualitative und quantitative Leistung müsse höher bewertet werden. Die höhere Bewertung sei notwendig als Antrieb für höchste und beste Leistungsfähigkeit. Der Gedanke der Gemeinwirtschaft marschiere. Notwendig sei es, daß

die Betriebe gemeinwirtschaftlich aufgezogen

würden. Die Betriebe müßten dann unter die Leitung und Kontrolle der Betriebswirtschaftsräte kommen. Aber auch in der sozialistischen Gemeinwirtschaft sei die Beibehaltung der Interessenvertretung der Arbeiterschaft notwendig, wie man dies ja auch heute schon in den genossenschaftlichen Betrieben sehen könne. Eine Verquickung von Berufsorganisationen und Industrieverband bringe nur Schwierigkeiten und Grenzstreitigkeiten mit den anderen Verbänden. Auch Cohen ist der Auffassung, daß es das zweckentsprechendste ist, wenn der Verbandsvorstand in Gemeinschaft mit dem Bundesvorstand die Frage prüft.

Gewerkschaftsbewegung

Gegen die allgemeine Einführung der Kurzarbeit.

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich nach den PPN. am 30. Juni mit der Einführung der Kurzarbeit und der Entschädigung der Arbeiter für erlittenen Lohnausfall. Zur Begutachtung lagen dem Ausschuß der bekannte Antrag der beiden sozialistischen Parteien des Reichstags und ein anderer der Arbeitervertreter im Reichswirtschaftsrat vor. Dieser fordert, die wirtschaftlichen Gesichtspunkte hinter die sozialpolitischen Erwägungen zurücktreten zu lassen und die Kurzarbeit als Mittel zur Freimachung von Arbeitsplätzen überall da einzurichten, wo nicht unüberwindliche technische Schwierigkeiten sie verhindern und den Arbeitsausfall der Kurzarbeiter entsprechend den Anträgen Aderhold-Müller zu regeln. Mit 13 gegen 11 Stimmen wurde dieser Antrag abgelehnt. Statt dessen wurden für die Erstattung des Gutachtens die folgenden Leitsätze mit 14 gegen 7 Stimmen angenommen:

I.

Der Sozialpolitische Ausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats erklärt zur Frage der Einführung der Kurzarbeit und der Entschädigung des Lohnausfalls der Kurzarbeiter (Antrag Müller-Aderhold im Reichstag):

Der Sozialpolitische Ausschuß erkennt die Arbeitslosigkeit als eins der größten und bedauerlichsten Uebel an und betont, daß nach seiner Ansicht jedes irgendwie einen Erfolg versprechende Mittel versucht werden sollte, um den Uebelstand soweit als überhaupt möglich zu beseitigen.

Aber unabhängig von der Sorge, wie diesem sozialen Notstande abzuhelfen ist und wie die aus diesem sich ergebenden sozialen Schäden bekämpft werden können, darf die

Rücksichtnahme auf die großen wirtschaftlichen Notwendigkeiten

des Wiederaufbaus unserer Wirtschaft keinesfalls außer acht gelassen werden. Andernfalls würden die derzeitigen außerordentlichen Schwierigkeiten, die sich der Gesundung und Wiederaufrichtung des deutschen Wirtschaftslebens entgegenstellen, binnen kurzem noch weiter wesentlich verschärft und hierdurch der bestehende Uebelstand der Arbeitslosigkeit nicht beseitigt, sondern noch erheblich verschlimmert werden.

II.

Der vorgeschlagene Weg der allgemeinen Einführung und Erweiterung der Kurzarbeit erscheint nach Ansicht des Sozialpolitischen Ausschusses in Uebereinstimmung mit dem Urteil fast sämtlicher in den Reichsarbeitsgemeinschaften vertretenen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht gangbar.

Dies gilt ebensowohl für allgemeine gesetzliche Maßnahmen auf diesem Gebiete als auch für Maßnahmen, die mit genereller Wir-

Der 3. Juli
ist Deutschlands Opfertag für Oberschlesien!
Postscheckkonto Berlin 112300
Oberschlesierhilfswerk

kung für ein bestimmtes Fachgebiet getroffen werden sollen. Von schwerwiegenden wirtschaftlichen Ueberlegungen gänzlich abgesehen, sind es in erster Linie zwingende Gründe technischer Art, die die vorgeschlagene Regelung als

praktisch völlig undurchführbar

erscheinen lassen.

Das eigenste Interesse der gewerblichen Kreise hat bereits vielfach zu einer weitgehenden Anpassung der Arbeitszeit an die Forderung der Unterbringung einer möglichst großen Zahl von Arbeitslosen geführt.

Eine weitere auf gesetzlichem Wege erzwungene allgemeine Einführung der Kurzarbeit über die praktisch möglichen Grenzen hinaus müßte Rückschläge zur Folge haben, die die Gesamtheit nur noch in schwierigere wirtschaftliche Verhältnisse bringen können.

III.

Wenn somit durch generelle Maßnahmen das Ziel der Beseitigung oder weitgehenden Linderung der Arbeitslosigkeit nicht zu erreichen ist, so bleibt nur übrig,

eine Regelung von Fall zu Fall

auf der Grundlage einer örtlichen oder bezirklichen gegenseitigen Verständigung zu versuchen, durch die den besonderen Verhältnissen des betreffenden Bezirks Rechnung getragen werden kann.

Das Wesen einer solchen Verständigung müßte darin liegen, daß die Betriebe nicht gezwungen werden, mehr Arbeitskräfte zu beschäftigen, als wirtschaftlich richtig und technisch möglich ist, sondern darin, daß außerhalb der Betriebe neue Arbeit geschaffen wird, die im Gegensatz zu dem durch die vorliegenden Anträge beabsichtigten System auf die Produktion nicht verteuernd und hemmend, sondern fördernd wirkt.

*

Eine Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission, die unter dem Vorsitz des bereits aus dem Krankenhaus entlassenen Sabath stattfand, beschäftigte sich eingehend mit der Arbeitslosigkeit. Genosse Graßmann vom ADGB. hielt das einleitende Referat, in dem er die Arbeitslosigkeit als internationales Problem behandelte und die Tätigkeit des Gewerkschaftsbundes zur Bekämpfung der besonders in Berlin so außerordentlich großen Erwerbslosigkeit schilderte. So ist es z. B. dem ADGB. gelungen, den Widerstand des französischen Wiederaufbauministers Loucheur gegen die Lieferung von 60 000 Holzhäusern für das Wiederaufbaugebiet zu brechen. Graßmann hob hervor, daß unter der bestehenden Gesellschaftsordnung nur eine Linderung der Arbeitslosigkeit möglich sei. Die freien Gewerkschaften würden alles tun, um dem Massenelend zu steuern.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Folgen des Weltkriegs treiben das gesamte Proletariat in immer größeres Elend. Stillegung von Betrieben, Kurzarbeit, Anschwellen der Arbeitslosenziffern zeigen die Notwendigkeit der Ueberführung der kapitalistischen Produktionsweise in die Gemeinwirtschaft. Diese allein würde die Anwendung durchgreifender Mittel auch zur Lösung des Arbeitslosenproblems ermöglichen.

Als einen Weg zu einer wenigstens teilweisen und vorläufigen Regelung der Arbeitslosenfrage sehen die Delegierten der Berliner Gewerkschaftskommission die vom ADGB. aufgestellten 10 Punkte vom 26. Februar 1921 an.

Mit allen gewerkschaftlichen Mitteln muß die Erfüllung der 10 Punkte erreicht werden."

Drohende Massenentlassungen auf den Schiffswerften.

Auf den Schiffswerften werden Massenentlassungen angekündigt. Bisher herrschte auf ihnen rege Tätigkeit. Reeder und Werften glaubten, aus dem Vollen schöpfen zu können. Doch die Milliarden des Reiches sind nicht unerschöpflich. Nach dem Reederabfindungsgesetz (Februar 1921) wurde ein Bauprogramm aufgestellt resp. die zur Verfügung stehenden Milliarden auf fünf Jahre verteilt. Nun stellt sich heraus, daß die von den Werften für den Neubau abfindungsberechtigter Schiffe im Jahre 1921 eingeforderte Summe den für das Baujahr 1921 vorgesehenen Betrag um mehr als das Doppelte übersteigt. Was nun? Arbeiterentlassungen in einer Zahl von 20 000 bis 30 000 werden als unvermeidlich bezeichnet. Ein harter, fast unüberwindlicher Schlag für die davon Betroffenen, konzentrieren sich doch die Werften auf eine geringe Zahl von Orten.

Die Leitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat sich seit Wochen in dieser Angelegenheit um die Interessen der Werftarbeiter bemüht, so bei der Regierung, im Parlament und in diversen Verhandlungen im Ueberwachungs-, Bau- und Verteilungsausschuß, der nach dem Reedereiabfindungsvertrag eingesetzt wurde. Ueber das Ergebnis dieser Bemühungen referierte der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Rob. Dißmann, letzten Sonntag auf einer von allen Orten zahlreich beschickten Werftarbeiterkonferenz. Es war bezeichnend, daß entgegen dem dauernden Geschrei in kommunistischen Organen und Versammlungen keiner der kommunistischen Redner auch nur den Versuch machte, eine ernsthafte Kritik an der Tätigkeit der Organisationsleitung zu üben, von einem sachlichen Nachweis des ewig verkündeten „Arbeiterverrates" ganz zu schweigen. Gegen 4 Stimmen (bei 129 Teilnehmern) wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die Werftarbeiterkonferenz vom 26. Juni 1921 nimmt Kenntnis von dem Ernst der Lage auf den Schiffswerften, der in dem eingehenden, sachdienlichen Referat des Kollegen Dißmann seinen Ausdruck fand. Die Versammelten sind mit dem Referenten der Ansicht, daß es unmöglich ist, auf Grund eines reduzierten Bauprogramms Zehntausende von Werftarbeitern völliger Arbeitslosigkeit preiszugeben. Solche Massenentlassungen würden angesichts der allgemeinen, andauernden Wirtschaftskrise nicht nur die davon Betroffenen völliger Verelendung aussetzen, sondern müßten in ihren Folgewirkungen zu katastrophalen Auswirkungen führen. Die Konferenz erkennt die bisherigen Bemühungen der Organisationsvertreter an und hebt hervor, daß mit allem Nachdruck die eingeschlagenen Richtlinien weiter verfolgt werden müssen.

Die gegenwärtige wirtschaftlich-soziale Notlage zwingt dazu, das vorgesehene Bauprogramm in seinem Zeitmaß zu reduzieren, um das jetzige schwerste Krisenstadium zu mildern. Gleichzeitig muß von den Werften verlangt werden, daß sie alles aufbieten, um andere Arbeiten mit heranzuziehen, desgleichen von den Reedereien, daß sie neben den aus Reichsmitteln zu erbauenden Schiffen auch aus eigenen Mitteln weitere Arbeit ausführen lassen.

Ist es unmöglich, trotz der vorgenannten praktisch zu verwirklichenden Vorschläge eine volle Beschäftigung der Werftarbeiter zu ermöglichen, so ist als letzter Schritt eine Streckung der Arbeit, die sich auf das zwingendste Maß zu beschränken hat, durch eine Verkürzung der Arbeitszeit oder Einlegung von Feierschichten vorzunehmen, um Entlassungen der heute auf den Werften Beschäftigten zu vermeiden. Die Werftarbeiterkonferenz appelliert dabei an die Solidarität aller."

Diesem einmütigen Beschluß der Werftarbeiter muß Rechnung getragen werden.

In den letzten Tagen fand erneut eine Bauausschußsitzung in Hamburg statt, in der Dißmann u. a. die Vorschläge der Werftarbeiterkonferenz eindringlichst vertrat. Es wurde ein vorläufiges Uebereinkommen erzielt, indem auf den Werften, wo kein anderer Ausweg bleibt, Feierschichten eingelegt werden, um vorerst größeren Arbeiterentlassungen zu begegnen.

*

Nach einer Meldung der TU. aus Bremen, hat die dortige Werft A.-G. Weser an den beiden letzten Tagen bereits ca. 1000 Arbeiter entlassen. Angeblich nimmt die Werftleitung dabei soviel als möglich Rücksicht auf Familienväter. Ueber die Möglichkeiten zur Streckung der Arbeit wird noch verhandelt.

Gewerkschaftliche Hilfsaktion für Oberschlesien.

Der Afa-Bund hat seine sämtlichen Organisationen zu einer Hilfsaktion für die Opfer aus den Wirren in Oberschlesien aufgerufen. In dem Aufruf wird darauf verwiesen, daß viele Angestellte infolge der letzten Vorgänge ihre Arbeitsstätte oder auch ihre Wohnstätte verlassen mußten und schwere materielle Verluste erlitten haben. Der Afa-Bund appelliert deshalb an die Gewerkschaften und an die Solidarität der Kollegenschaft in den übrigen Reichsgebieten. Die Ortskartelle des Afa-Bundes setzen in den nächsten Tagen in den einzelnen Betrieben Sammellisten des Afa-Bundes in Umlauf. Für Berlin ist das Nähere durch das hiesige Ortskartell, Berlin SW. 61, Belleallianceſtr. 7/10, zu erfahren.

Angestellten- und Beamtenstreik im besetzten Gebiet.

Ein Streik der Angestellten und Beamten im Wurmbergbau droht nach einer Aachener Meldung der TU. in der nächsten Zeit auszubrechen. Der Streik dreht sich um den rechtsrheinischen Tarif des Ruhrkohlenbergbaus, dem man seitens der Angestellten auch für das Ruhrrevier Geltung verschaffen will. Die Arbeitgeber verhalten sich dieser Forderung gegenüber ablehnend. Der Spruch des Schlichtungsausschusses ist von den Angestellten abgelehnt worden. Auch die Verhandlungen der Interalliierten Rheinlandkommission sind ergebnislos verlaufen. Die binnen kurzem stattfindende Urabstimmung wird die Entscheidung über die Streikfrage bringen.

Vom norwegischen Seemannsstreik meldet WTB.: Der staatliche Vermittlungskommissar hat eine Mitteilung darüber erhalten, daß im Seemannsstreik beide Parteien seinen Vorschlag für die inländische Fahrt angenommen haben. Es ist anzunehmen, daß auch der Vorschlag für die ausländische Fahrt angenommen und die Arbeit wieder aufgenommen werden wird.

Arbeitersport.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde". Ortsgr. Berlin. Fahrten am Sonntag, 3. Juli. Norden: Bernau—Plötzsee. Abf. Sonnabend 5.46 Bhf. Gesundbr. u. 7.16 Bhf. Gesundbr. — Wedding: Fangschleuse—Wursee. Abf. Sonnabend 6.05 Schles. Bhf. — Weißensee: Duberow—Hölzerner See. Treffp. Sonntag 5.05 Bhf. Weißensee: Lichtnitzwanderung. Abf. Sonnabend 5.30 Bhf. Weißensee. — Schöneberg: Birkenwerder—Landheim. Abf. Sonntag 6.20 Stett. Bhf. — Moabit: Potsdam—Plessower See. Abf. Sonnabend 5.00 Bhf. Bellevue. — Kinderfahrten: Lichtenberg: Oranienburg—Grabowsee. Treffp. Sonntag 6.30 Bhf. Frankf. Allee. — Moabit: Spandau-West—Hennigsdorf. Treffp. Sonntag 6.30 Bhf. Putlitzstraße. — Ortsgr. Köpenick. Abt. Ostbahnvororte: Badetour der Jugend- und der Kinderabteilung zum Stienitzsee. Badezeug mitnehmen. Für beide Abteilungen Treffen Mahal-, Ecke Koppenstraße, 7 Uhr.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu 1 Beilage.

Nutzeisen jeder Art:
Rund-, Flach-, Quadrat- u. Bandeisen, Gas-Siede-Rohre, T-Träger u. U-Eisen, Feldschmieden und Ambosse
sofort ab Lager lieferbar
Felix Kohls, Berlin C. 25, Dircksenstr. 12,
Moritzplatz 12078. Ecke Voltairestraße. Moritzplatz 12078.

Zurück.
Sanitätsrat Eugen Haagen.

Dauerwäsche repariert Born, Reichenbergerstraße 7.

Alles in den Schatten stellend sind unsere jetzigen Preise
Einmaliges Angebot! Nur 8 Tage!
Herren-Anzüge, teils auf Seide, Wert bis 800 M., jetzt 300, 350, 400 M.
Ferner: Kreuzfüchse, Sealmäntel usw. 50% herabgesetzt. — Keine Lombardware.
Leihhaus Brunnenstraße 5

Zinn u. Blei
sowie alle Altmetalle kaufen zu Tagespreisen
Metallschmelzwerke,
Waldemarstr. 74.
Telephon Moritzplatz 9951

Metallankaufsstelle Osten, Grüner Weg 5
zahlt Tagespreise für
Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Mauserpistolen
mit Anschlagkolben
Kal. 7,63, sowie andere Pistolen u. Jagdwaffen kauft Julius Heßmer
Markgrafenstr. 31

Jagdgewehre, Automatische Pistolen
usw. Ankauf, Verkauf, Umtausch
Gewehr-Fabrik
Gustav Rätzel, Berlin W 8, Markgrafenstr. 50.

Rhein u. Mosel Weine
J. F. Rauch
N 4, Bergstr. 34, Nd. 8214. 8825
DERBY-COGNAC
Filialen:
Gontardstr. 4, Alexanderpl.
Potsdamer Str. 84, Hof
Invalidenstr. 164, Eckhaus
Brunnenstr. 174, Eckhaus
Friedrichstr. 11
Gr. Frankf. 112, neben Jandorf
Schönhauser Allee 178

Zähne 8 M. an. Teilzahlung. 5 J. Garant. Kronen 15 M. Plomb. 3.—. Zahnziehen m. Einspr. höchst schmerzlos. Umarb. schlechtsitz. Gebisse. Rep. sof.
Zahnarzt Dr. Weil, Potsdamer Str. 38, Hochp. Sprechz. 9—7

Schlüpfer und Raglans zur Reise aus Homespun und gemustertem Cheviot, jetzt M. 475, 525, 680 b. 950
Bozener Mäntel aus Strichloden, in praktischen Farben, jetzt M. 250, 275, 350, 425
Pelerinen für Herren und Damen, sehr gute Ware, jetzt M. 250, 275, 350, 425
Gummi-Mäntel in vielen guten Qualitäten und Fassons, jetzt M. 350, 395, 450, 550, 625, 750, 850
Jackett-Anzüge in gut. Qual. u. best. Verarb. jetzt M. 350, 450, 550, 650, 750, 850, 950
Sport-Anzüge für Herren und Jünglinge, aus Lodenstoff, gemustertem Cheviot, Homespun und Manchester, jetzt M. 300, 350, 450, 475, 500, 650
Knaben-Anzüge in Blusen-, Schlüpfer- und anderen Formen, aus vorzüglichen Wollstoffen, jetzt M. 50, 60, 70, 80, 90, 100
Jünglings-Anzüge in großer Auswahl, jetzt nur M. 295, 350, 450, 550, 650
Gestreifte Hosen, größtenteils unter Herstellungspreis, jetzt M. 65, 85, 99, 112, 121, 135 bis 250
Nur Qualitätsware kommt zum Verkauf
10 billige Tage v. 2.–11. Juli
M. Schulmeister
Kottbuser Tor
Herren- und Knaben-Konfektionshaus